

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 29. Dezember 1894.

Inserate die viergespaltene Beilagen- oder deren Raum 20 P. Nebentext und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

## Zur Jahreswende.

Unsern Gruß, bevor wir unsere Schlussbetrachtung beginnen, allen werthen Verbandsgenossen und Freunden, allen Lesern dieser Zeitung; unsern Gruß und unsern Dank für die getreue Unterstützung, die sie uns und der durch uns vertretenen Sache auch in dem nun zu Ende gehenden Jahre zu Theil werden ließen.

Gerne möchten wir auch noch den zur Jahreswende üblichen Wunsch beifügen, den Wunsch, ein „glückseliges neues Jahr“ anzutreten; aber wir befürchten sehr, damit eine arg pessimistische Aufnahme zu finden, und wir haben, offen gestanden, auch selbst nicht den starken Glauben, daß wir in ein glückliches Jahr eintreten, als das alte war. Wenn wir auf 1894 zurückblicken, was thut sich vor unseren Augen auf? Ein trübes, düsteres Bild, nur von wenig Sonnenblenden aufgehellt! Niedrig der Geschäfte, Arbeitslosigkeit, Theuerung und damit Hand in Hand gehende Noth, anhaltende Krisen, schlechte Lebenshaltung für das arbeitende Volk waren die Erbschaft, welche das schwindende 1893 dem aus dem Meere der Unendlichkeit auftauchenden 1894 hinterließ, das selbe Vermächtniß, welches wiederum auch 1895 anzutreten hat. Wenn nicht schwerer, so doch ebenso schwer, wird der schaffende Theil des Volkes auch im neuen Jahre zu leiden haben. Und darum muß auch der Kampf um ein besseres Loos fortgeführt werden so im neuen wie im alten Jahre. Daß es daher eine starke Zunanmuthung für uns wäre, unseren Freunden die alten banalen Glückwünsche, an die doch kein Mensch glaubt, darzubringen, liegt auf der Hand. Das Wünschen, das Herbeisehen einer besseren Zeit überlassen wir sentimentalen, zum Flemmen angelegten alten Weibern beider Geschlechter; wir wissen, daß wir das, was wir erreichen wollen und müssen, nur durch stetigen Kampf erringen können.

Und darum wollen wir, statt uns mit unnützen Schwärmerien abzugeben, lieber eine Art Bilanz ziehen, wie jeder ordnungsliebende Geschäftsmann es thut, wenn das Geschäftsjahr zur Mühle geht.

bleiben wir zunächst im eigenen Lager, sehen wir uns im Verbands der Metallarbeiter und unter denen um, die zu diesem Verbands gehören könnten. Zahlreiche Streiks und sonstige Konflikte, wie sie das kapitalistische Produktionssystem dem Lohnarbeiter und seinen Organisationen bringt, hatten wir auch 1894 anzusehen. Insbesondere ist es der Streik der Gütstrower Genossen, der am Ende des Jahres, wenn gleich beendet, noch gleich einem Alp auf uns lastet. Nach mehr als 14wöchiger Dauer mußte der Kampf, welcher in der Hauptsache ein Ringen der Arbeiterkassen um das Recht war, einer Organisation anzugehören, als verloren aufgegeben — oder richtiger, mußte die Schlacht abgebrochen werden, da die Chancen zu ungleich, die

Verhältnisse allzu ungünstig waren. Das traurigste Ergebnis dieser Kraftprobe ist der Umstand, daß hauptsächlich treulose Kameraden es waren, die den ringenden Genossen den Steg unbillig gemacht, daß eine übermäßige Anzahl von Streikbrechern dem übermühten Unternehmern zu Hilfe eilte, um ihr, der Streikbrecher, die doch selbst Arbeiter sind, eigenstes Interesse, das Arbeiterinteresse unter die Füße zu treten. Freilich dürfen wir denen, die in solcher Weise gesündigt, dies nicht als allzu große moralische Schuld anrechnen, — ist es doch der Hunger, dieser unheimliche Gast, der die größere Zahl von ihnen dazu gepötscht hat, ihren kämpfenden Kameraden in den Rücken zu fallen. Es sind Angehörige der großen, vom Kapitalismus geschaffenen Reservearmee, die bereit waren, um jeden Preis und zu Bedingungen, die ein in leidlichen Verhältnissen befindlicher Arbeiter sich nicht diktiren läßt, die Arbeit aufzunehmen.

Ist dieser Schlag auch ein schwerer, höchst empfindlicher für die direkt davon Betroffenen sowohl wie für unsere Organisation, so ist er doch auf der anderen Seite eine einbringliche Lehre — oder könnte es wenigstens sein. Dieser Schlag demonstriert uns so recht ad oculos, was zu thun ist, wenn künftig solche Schläge vermieden werden sollen. Er lehrt uns, daß wir alle Kräfte anspannen müssen, um die Zehntausende, die Hunderttausende unserer Branchengenossen, welche uns heute noch theilnahmslos oder mißtrauisch, oder gar feindselig gegenüberstehen, zu gewinnen zum Anschluß an die Organisation. Erst wenn einmal mindestens die größere Hälfte aller Metallarbeiter zu einer kompakten gewerkschaftlich organisierten Masse zusammengeschweift ist, werden wir Samen sein können, während wir jetzt trotz aller Opferwilligkeit der überzeugten Genossen immer nur die breite Fläche des Umbosens darzubieten haben. Und wenn wir nun zurückblicken auf das, was in den verflochtenen 365 Tagen nach dieser Richtung hin geschah, so müssen wir einräumen, daß es herzlich wenig ist. Wohl hat die Mitgliederzahl unseres Verbandes sich um ca. 4000 vermehrt, aber was ist das, was bedeutet diese winzige Zahl gegenüber den nach vielen Tausenden zählenden Schaaeren, die noch immer in der Wüste einherirren, und uns, wenn wir sie einladen, zu uns zu kommen, verständnißlos fragen: Was habe ich davon?

Auch in Bezug auf die Ausdehnung der Organisation ist das Resultat unserer Bemühungen ein nur wenig befriedigendes. Zwar sind eine ziemliche Anzahl neuer Verwaltungsstellen gegründet worden; denselben steht jedoch eine nicht unbedeutende Zahl wieder eingegangener gegenüber, so daß die absolute Vermehrung der Verbandsorte eine geringe ist. Die Vermehrung der Mitgliederzahl hat meistens in den großen Zentren stattgefunden, was zwar an sich für sich höchst

erfreulich ist, aber eben doch die Thatsache nicht aus der Welt schafft, daß nicht bloß weit entfernt von der großen Heerstraße, sondern auch dicht an derselben, noch ungezählte Hektare unbederteten Bodens liegen, die wir mit dem Aufwand all' unserer Kräfte für unsere Sache nutzbar machen müssen. Wir wollen mit der Konstatierung dieser Thatsachen gegen Niemand einen Vorwurf erheben, am allerwenigsten gegen diejenigen Genossen, auf deren Schultern ohnehin die ganze Arbeit des Verbandes, der Agitation und der Verwaltung, lasten. Aber wir glauben doch, bei dieser Gelegenheit betonen zu sollen, daß bei künftigen Agitationsreisen weniger das Augenmerk auf diejenigen Orte gerichtet werden sollte, welche bereits respectable Mitgliedschaften besitzen, als vielmehr auf diejenigen, wo zwar Metallarbeiter, aber keine Zahlstellen des Metallarbeiter-Verbandes vorhanden sind. Die Mitgliedschaften der großen Städte können stets aus sich selbst heraus das Werk der steten Erneuerung und Vergrößerung fördern, aber da draußen in den Erdwinkeln, wo die „billigen Arbeitskräfte“ haufen, wohin weder unsere Presse bis jetzt gedrungen ist noch je Versammlungen stattgefunden haben, da liegt die Sache wesentlich anders; dahin müssen die Sendboten des Verbandes sich wenden und dahin müssen auch die Straßenreue aus den nächstgelegenen Städten bringen, um den Samen der Organisation auszustreuen, eine Thätigkeit, die viel fruchtbringender ist, als das manchmal recht fragwürdige Theoretisiren in engen und engen Zirkeln längst aufgellärter Genossen.

Zwar ist es unter den heutigen Verhältnissen immerhin schon etwas, wenn durch das Vorhandensein des Verbandes und dessen rechtzeitiges opferwilliges Einspringen Verschlechterungen — sei es in Bezug auf Lohnhöhe, sei es in Bezug auf die Behandlung des Arbeiters durch das Unternehmertum — hintangehalten werden. Aber etwas viel Wertvolleres ist es denn doch, wenn bei den uns meist aufgezungenen Kämpfen auch etwas Positives erreicht wird. Dazu aber ist es erforderlich, auf die Stärkung der Kriegskasse Bedacht zu nehmen, und deren Abschüsse sind gegenwärtig meistens recht wenig imponirend. Wir werden daher im bevorstehenden Jahre um eine Erhöhung der Kassenbeiträge nicht mehr herumkommen. Wer etwas Nützliches leisten soll, muß auch die nötigen Mittel dazu haben. Und die Mittel unseres Verbandes sind bis jetzt in der That ganz und gar unzulänglich. Man entsetze sich nicht vor dieser Perspektive! Die Gewerkschaft ist nun heute einmal die zweckmäßigste Sparkasse für die Lohnarbeiter, die in ihr angelegten Schweigergroschen die best rentirenden in des Wortes vollster Bedeutung. Was! Die „Gesellschaft“, welche heute die Geschäfte der Gesamtheit im Interesse einer Minderheit leitet, zapft uns fort und

fort von unseren viel zu niedrigen Löhnen horrenden Beiträge für kulturfeindliche Zwecke ab, wogegen wir uns z. B. nicht wehren können, und wir sollten nicht so viel Opfermuth besitzen, allwöchentlich noch einen Groschen für uns selbst, für die höchsten Interessen unserer Klasse, unserer nächsten Angehörigen bei Seite zu legen? Wir können es, wenn wir wollen, unter Entbehrungen zwar für manchen schlecht gelohnten Genossen, aber wir können und werden es vollbringen. Es ist hier nicht die Rede noch Zeit, auf die Leistungen anderer gewerkschaftlicher Verbände, nicht bloß im Ausland, sondern auch in Deutschland, zu verweisen; es handelt sich auch nur um eine Anregung, das Weitere wird auf unserer bevorstehenden Generalversammlung berathen und beschlossen werden. —

Näher und näher rückt der Moment, da der Hammer aushebt zur zwölften Stunde des 31. Dezember 1894. Die herrschenden Klassen Deutschlands haben dem arbeitenden, vorwärts strebenden, sein Recht energisch fordernden Proletariat für die ersten Tage des neuen Jahres eine Bescherung vorbereitet, die ihm zu jedem Aufschrei des Forderns dessen, was ihm gebührt, den Mund stopfen soll. Würgen sie in ihrer Verblendung thun, was sie glauben, nicht lassen zu können.

Auch für sie wird der Hammer der Ute, die da Weltgeschichte heißt, ausheben zum letzten Stundenschlag.

Unser die Welt trotz alledem!

## Sozialstatistisches aus der Schweiz.

Die am 3. Dezember in Bern zusammengetretene Bundesversammlung hat sich gleich am Eröffnungstage mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Speziell war es der Nationalrath, dessen Kommission durch ihren Referenten Curti den Bericht über eine Reihe sozialpolitischer Fragen erstattete, die ihr zur Berathung und Antragstellung zugewiesen worden waren. Mehrere der bezüglichen Anträge fanden die Zustimmung des Plenums. So der Antrag, der Bundesrath soll untersuchen, auf welche Weise es sich bewirkt lassen, daß die Frauenarbeit in den Fabriken an Samstagen auf Vormittag beschränkt werde, ferner der Antrag auf Vermehrung des Beamtenstandes der Fabrikinspektion und auch der Antrag, daß der Bundesrath die Verhandlungen bezüglich einer internationalen Regelung der Arbeiterchutzgesetzgebung beförderlich wieder aufnehmen soll.

Der Antrag auf Einführung des Zehnstundentages in den Bundeswerkstätten fand durch die Mitteilung des Bundesrathes Decker seine Erledigung, daß in denselben schon seit einiger Zeit nicht länger als 10 Stunden täglich gearbeitet werde. Die von den Arbeitern verlangte Einführung des Elfstundentages in das Fabrikgesetz wurde in der Kommission nicht beantwortet und begründete sie ihren ab-

lehnen den Standpunkt folgendermaßen: „Was die Verkürzung des Maximalarbeitstages der Fabriken anbelangt, so verlangen die Maximalarbeitsstage die zehnstündige Arbeitszeit und es fehlt längst nicht an Gründen, mit welchen dies Gehren unterstützt werden kann. Aber wir müssen heute noch denjenigen anderen Gründen die größere Beweiskraft zuschreiben, welche gegen eine Abänderung des vielverhandelten Artikels 11 der Bundesverfassung geltend gemacht werden. Das Prinzip des Normalarbeitstages hat sich gegen alle Einwendungen und Widerstände siegreich behauptet; jedoch die Festsetzung der Stundenzahl kann nicht unabhängig von mannigfachen Erwägungen der Zweckmäßigkeit stattfinden. Erfreulicher Weise hat in vielen Gewerben die Arbeitszeit auf 10 und 9 Stunden verkürzt werden können; daß aber alle Gewerbe sich gegenwärtig unter die Regel einer 10stündigen Arbeitszeit bringen lassen, ohne daß wir, inmitten des durch die Schutzpolitik verschärften Industriekampfes der Nationen, große wirtschaftliche Verluste zu erleiden hätten, ist unwahrscheinlich und man kann sich selbst der Besorgnis nicht entschlagen, daß mit der Ablehnung des 10stündigen Normalarbeitstages in der Volksabstimmung die Bewegung für den Arbeiterschutz, die in unserem Lande während 20 Jahren eine ganze Reihe von Sozialgesetzen und eine reiche Ernte sozialer Wohltaten gezeitigt hat, zum Stillstand gebracht würde.“

Das Vereinsrecht der Arbeiter soll gegen Verkürzung der Unternehmer durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in das eidgenössische Strafgesetz geschützt werden.

Bezüglich der Durchführung des Fabrikgesetzes liegt der obigen nationalrätlichen Kommission noch eine Eingabe der leitenden Komitees des schweizerischen Kritikvereins, der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes vor, welche die bundesrätliche Verordnung vom Januar 1893 über Hilfs-, Nacht- und Sonntagsarbeit betrifft. Diese Verordnung erteilte 15 verschiedenen Industrie- und Gewerbebezirken für die Verrichtung bestimmter Arbeiten über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus sowie während der Nacht und an Sonntagen eine generelle Bewilligung, welche nach der Eingabe arge Mißbräuche gezeitigt hat und die Kontrolle der Bestimmungen des Fabrikgesetzes fast unmöglich macht. Die Eingabe ersucht daher die Kommission um eine eingehende Untersuchung der Angelegenheit, zu der auch Arbeiter zugezogen werden sollen, und sie schließt ihre sachlichen Darlegungen mit folgenden Sätzen: „Durch diese generellen Bewilligungen ist eine richtige Kontrolle über die Vollziehung des Fabrikgesetzes fast zur Unmöglichkeit geworden; denn einmal ist meist schon die Polizei nicht genau orientiert, wie es sich mit diesen Ausnahmebestimmungen verhält. Dies ist aber sodann in noch vermehrtem Maße bei den Privaten der Fall, welchen es in Folge dessen beinahe unmöglich gemacht ist, Uebertretungen des Fabrikgesetzes in richtiger Weise zur Anzeige zu bringen. Sublich ist auch den Arbeitgebern für Uebertretungen und Uungehören des Fabrikgesetzes Ehre und Ehrer geöffnet; denn sie werden oft dazu kommen, auch andere Arbeiter, als gerade die, für welche eine generelle Bewilligung vorhanden ist, an der Nacht- und Sonntagsarbeit sich beteiligen zu lassen. Wird einmal Anzeige gemacht, so fällt es ihnen leicht, sich durch die erteilten generellen Bewilligungen auszuweiden; denn wie die Fabriksche einmal gestört ist, so ist es eben schwer, genau festzustellen, ob neben der erlaubten auch unerlaubte Nacht- und Sonntagsarbeit vorgekommen ist. Aus diesem Grunde sollten diese Bewilligungen auf das Notwendigste beschränkt und gleich anderen Ueberzeitbewilligungen beim Ein-

gang des Fabrikgebäudes angeschlagen werden.“

Das Verlangen nach Fürsorge gegen die Arbeitslosigkeit beantwortete die Kommission mit dem Hinweis, daß diese Frage bereits dem Bundesrat zugewiesen sei. Es ist damit ein Postulat gemeint, welches im Juni dieses Jahres nach Ablehnung der sozialdemokratischen Initiative für das Recht auf Arbeit von der Bundesversammlung beschlossen wurde und vom Bundesrat darüber Bericht verlangt, ob und eventuell in welcher Weise eine Mitwirkung des Bundes bei Institutionen für öffentlichen Arbeitsnachweis und für Schutz gegen die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit möglich und gerechtfertigt ist. Das schweizerische Industrie- und Landwirtschaftsdepartement richtet nun ein Kreis Schreiben an sämtliche 25 Kantonsregierungen sowie an das Sekretariat des schweizerischen Handels- und Industrievereins in Zürich, ferner an die leitenden Komitees des schweizerischen Gewerbevereins und des schweizerischen Arbeiterbundes, worin bis zum 30. Juni 1895 die Beantwortung folgender Fragen verlangt wird: a. Ursachen, Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit. Hauptächlich betroffene Berufsarten. Verhältnis der Zahl der Unbeschäftigten zu derjenigen der Beschäftigten nach Berufsarten. Für die Kenntnis des wirklichen Bedürfnisses wären statistische Angaben wünschenswert. Ist in Ermangelung solcher eine eidgegenössische Statistik anzustreben? b. Bestand, Organisation, Leistungen und Erfahrungen der in der Schweiz bestehenden Institutionen für öffentlichen Arbeitsnachweis und für Schutz gegen Arbeitslosigkeit (inbegriffen die sog. Arbeitslosenversicherung). c. Sind eine Beseitigung des Bundes an genannten bestehenden oder noch zu gründenden Einrichtungen wünschenswert oder notwendig, in welcher Form und unter welchen Bedingungen? Eventuelle Maximalleistung des Bundes im Verhältnis zu den anderweitigen Beiträgen von Gemeinden, Kantonen u. Aufsicht des Bundes, Maßregeln für die Kontrolle zum Schutz gegen Mißbrauch. d. Maßnahmen für gegenseitige Arbeitsnachweis, betreuend allfällige Zentralisation des letzteren und betreffend Freizügigkeit zwischen den einzelnen Hilfsklassen für Arbeitslose. e. Stellung der Berufsverbände, Verhältnis zu Hilfsklassen von Arbeitervereinigungen (Beispiel: Konditionslosenklasse des schweizer. Typographenbundes). f. Behandlung der Ausländer. g. Sollten dem Bund weitergehende Aufgaben zugewiesen werden, event. welche? Sind Organisationen für Arbeitsnachweis und gegen Arbeitslosigkeit den Gemeinden und Kantonen oder dem Bund zu überlassen? Für den letzteren Fall in Aussicht zu nehmende Grundsätze. Gewährung von Bundessubventionen oder -Vorschüssen in großen Krisen. h. Regelung des privaten Arbeitsnachweises. i. Kompetenz des Bundes für eine Beseitigung in dieser oder jener Richtung. Wäre event. eine Verfassungsrevision notwendig?

Diese umfassende Erhebung, an der, wie eigentlich selbstverständlich, alle Beteiligten — Arbeiter, Industrielle, Gewerbebetreibende, Kaufleute, Behörden — mitzuwirken herufen sind, kann zu einer interessanten Gesamtdarstellung der Arbeitsverhältnisse, speziell natürlich der Arbeitslosigkeit, führen und wichtige gesetzgeberische Maßnahmen zur Folge haben. Ein Versuch der Arbeitslosenversicherung ist bereits in der Stadt Bern gemacht worden, ein Gesetz für obligatorische Versicherung der Fabrik- und Textilarbeiter gegen Arbeitslosigkeit liegt im Kanton Baselstadt im Entwurfe vor. Zu begrüßen ist es zunächst schon, daß die Regierung eines Bundesstaates nicht mit albernen Redensarten und leeren Phrasen die Frage der Arbeitslosigkeit nach bekannten Mustern

abthut, sondern sie ernstlich in die Hand nimmt und ihre thatsächliche Gestaltung erforscht.

Einen Fortschritt hat die Arbeiterschutzgesetzgebung im Kanton Zugern gemacht, indem daselbst ein neues Arbeiterinnen-schutzgesetz geschaffen wurde, welches den Elftundentag für Arbeiterinnen und Lehrlingmädchen in allen dem Fabrikgesetz nicht unterstehenden Geschäften bestimmt, für die Kellerinnen eine tägliche Nachtruhe von 8 Stunden und jede Woche einen freien halben Tag festsetzt.

Man ersieht hieraus, daß in der Schweiz auf dem Gebiete der Sozialpolitik beständig gearbeitet wird, und sind auch die einzelnen Gesetzesmaßnahmen nicht von fundamental umgestaltender Tragweite, so ist doch jede einzelne derselben ein Baustein, der das Alte verdrängt und das Neue fördert.

**Die Lage der Hüttenarbeiter in Rheinland-Westfalen.**

(Von einem Arbeiter.)

Dieser Tage meldeben die Zeitungen, daß auf den namhaftesten Hüttenwerken Westfalens größere Kündigungen bevorstünden. In der That hat sich dieses bewahrheitet; auf dem Stahlwerke „Hösch“ in Dortmund trat am 1. Dezember d. J. eine Lösung des Arbeitsverhältnisses für 500 Arbeiter ein. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß damit die Reihe der Arbeiterentlassungen noch nicht erschöpft ist, im Gegentheil, die anderen Werke werden nachkommen.

Man liest sehr oft von dem Elend der Weber in Sachsen und Schlesien, auch andere Arbeiterkategorien werden in der Schilderung der wirtschaftlichen Misere berücksichtigt. Von den schlechten Verhältnissen der Hüttenarbeiter in Rheinland-Westfalen ist kaum jemals in ausführlicher Weise berichtet worden. Wenn nun auch die Lebenshaltung dieser Arbeiter noch nicht auf das Niveau der schlesischen Weber gesunken ist, so ist ihre Lage doch nichts weniger als rosig und allem Anschein nach wird sie sich noch mit jedem Jahre verschlechtern. Den Lesern dieser Zeitung eine Orientierung über diese Verhältnisse zu verschaffen, soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Auf allen Hüttenwerken Rheinland-Westfalens herrscht heute noch die zwölfstündige Schicht. Meistens wird gearbeitet von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends.

Pausen, d. h. bestimmte Zeiten, in denen der Betrieb ruht, gibt es nicht. Die Mahlzeiten müssen also eingenommen werden, wenn durch eine sich notwendig machende Reparatur die Arbeit unbedingt ruhen muß. In den Walzwerken kann es nämlich vorkommen, daß durch den fortgesetzten Gang der Walzen und Maschinen irgend ein Bruch von Schrauben, Ständern, Hebeln u. s. w. entsteht und dadurch eine Arbeitspause herbeigeführt wird. In der letzten Zeit ist besonders ein häufiges Zerspringen der gewaltigen Schwungräder bemerkt worden. Nicht genügende Untersuchung der Speichenverteilung ist hinterher in den meisten Fällen als Ursache erkannt worden; diese Nachlässigkeit ist nur der ungeheuren Intensivität des Betriebes geschuldet. Doch davon später. Diese unwillkürlichen Pausen fallen meistens nicht in die Zeit, die im Leben gewöhnlich den Mahlzeiten gewidmet ist. Die Arbeiter müssen sich also anders behelfen. So kann man denn Mittags sehen, wie bei fortgesetztem Betrieb die Leute jede Sekunde ausnutzen, um aus dem nebenstehenden „Centelmann“ (Eßtopf) hastig dann und wann einige Löffel voll zum Munde zu führen. Wie vorteilhaft dies auf die naturgemäße Entwicklung des Körpers wirkt, läßt sich leicht denken.

Dabei ist die Arbeit in den Stahlwerken (Bessemer- und Thomaswerken)

eine sehr schwere. Man bedenke: zwölf Stunden täglich haben diese modernen Stäben sich mit Stahlblöcken von 1000 bis 15,000 Kilogramm herum zu plagen, theils mit dem Hebel, theils mit der Zange diese Blöcke fortgesetzt zu heben, zu wenden und zu drehen. Man herrscht dabei eine Hitze, die den Leuten die Gluthen der Hölle gar nicht so erschrecklich erscheinen läßt. Einen Begriff jener ungeheuren Qual kann man sich machen, wenn man bedenkt, daß die blauen Blouzen der Arbeiter nach kurzer Zeit von dem ägenden Schweiß vollständig weiß gefressen werden. „Schweißblumen“ ist der für diese Erscheinung bezeichnende Name. Daß unter solchen Umständen Entfettungen à la Schwenninger von den Hüttenarbeitern wenig angewendet zu werden brauchen, liegt auf der Hand. Sager und knochig, nichts wie Haut und Sehne, so stellt sich die gewaltige Menge dieser Leute uns in ihrer äußeren Erscheinung dar. Man kann sogar diejenigen, die vor den Schweiß- und Puddelöfen arbeiten, an ihrer vollständig verbrannten, in hoher Röthe schimmernden Gesichtshaut erkennen. Und wenn wir dann sagen, daß nicht viele, (die Arbeiter selbst sagen kein einziger) derselben Aussicht haben, Staatspensionäre mit 33 1/3 % Rente zu werden, so wird man uns das glauben. „Wenn man bis 40 Jahre auf dem Loch (Fabrik) gearbeitet hat, so ist man auf!“, dies ist die landläufige Ansicht, und in der That hat man damit Recht. Leute über 40 Jahre hat man höchst selten an den Feuerbetrieben. Ist man so alt, dann muß „leichte Arbeit“ gethan werden, d. h. wenn man nicht vorher in's Gras gebissen. Lungenschwindsucht und Verdauungsbeschwerden sind im höchsten Maße Berufskrankheiten der Feuerarbeiter. Zu verwundern ist dies ja nicht nach dem, was wir oben gesagt haben. Die Krankheiten der Verdauungsorgane werden auch sehr gefördert durch den Genuß großer Mengen Flüssigkeiten, Bier, Schnaps, Wasser, zur Stillung des durch die fürchterliche Hitze erzeugten Durstes. Es sei noch erwähnt, daß, da das Fehlen der regelmäßigen Pausen die Leute vom Genuß der Speisen abhält, dieselben manchen Tag gar nichts essen, sondern nur trinken. Mit der Zeit erweist sich der Magen gar nicht mehr aufnahmefähig und der Magencatarrh ist chronisch.

Noch eine Seite des rheinisch-westfälischen Hüttenarbeiterlebens sei erwähnt, und zwar die der vielen und schweren Unglücksfälle. Es vergeht kein Tag, ohne daß man hört, daß hier oder da ein Arbeiter „Malheur“ gehabt hat.

Schon oben haben wir gesagt, daß durch nachlässige Inspektion der Schwungradspeichenbefestigung große Unfälle entstehen. Uns sind Fälle bekannt, wo ein solches Rad (Durchmesser 8—10 Meter) in 5—6 Stücken hoch durch das Dach der Betriebsstätte geflogen. Unter den herabstürzenden Trümmern und durch die gesprengten Theile selbst sind oft Arbeiter getödtet oder verletzt worden. Bei der späteren gerichtlichen Untersuchung wurde — wenn man nicht, was nicht selten geschah, den Maschinenisten, also den Arbeiter, der Schuld zieh — die Werkverwaltung über alle Zweifel erhaben gefunden. Und doch würde, wenn man die, leider ökonomisch abhängigen Arbeiter sprechen ließe, mancher Ingenieur oder Werkführer sich wegen fahrlässiger Tödtung zu verantworten haben. Freilich, diese Leute müssen auch thun, wie ihnen befohlen, sie müssen ihr Produktquantum liefern, sonst sind sie nicht zu gebrauchen. In letzter Instanz ist es also wieder die Profitgier, der die Arbeiter zum Opfer fallen.

Wie in diesem Falle, so in allen anderen.

Den größten Bruchtheil an der Masse der Unglücksfälle stellen die Stahlwerke. Man muß aber auch sehen, wie dort mit

Menschenleben gespielt wird. Der Stahl, im tropfbar flüssigen Zustande, wird hier in den Coquillen zu Blöden von beträchtlicher Größe geformt. Alles geschieht dabei mit solch furchtbarer Hast, daß nothgedrungen Verletzungen in größerer Menge vorkommen. Sehr häufig kommt es vor, daß ein Arbeiter von „unten bis oben verbrannt“ wird; ein schrecklicher Anblick, diese Armen in hellen Flammen auf der Erde liegen zu sehen. Der flüssige Stahl brennt sich bis auf die Knochen ein, und ist der Arbeiter nicht sofort todt, so sieht er doch in längerer, oft Jahre lang dauernder Krankheit dahin. Vor einigen Jahren war die Hürde Hermanshütte, resp. der Gußstahlbau, sehr berüchtigt wegen der Menge von Unglücksfällen, die dort fast täglich stattfanden. Jetzt hat es sich etwas gebessert, aber ganz hört das Menschenopfer niemals auf, so lange die Arbeiter nur als Arbeitsthore von vielen Direktoren und Meistern angesehen werden.

Und was sagen denn die Arbeiter selbst dazu? — wird mancher fragen. In den meisten Fällen gar nichts. Die leidige Gewohnheit hat sogar die Kraft, den Arbeiter ein solches „Leben“ als nothwendig betrachten zu lassen. „Das ist man so gewöhnt“, bekommt man zur Antwort, wenn man die Leute einmal zum Sprechen bringt. Weinbrüche, Verstimmlungen der Hände und Füße, Verletzung der Schädeldecke, das sind Bagatellen. Sofort todt, oder halbtodt muß der Verunglückte sein, um einige Tage in hervorragender Weise von sich sprechen zu machen.

Mancher Leser wird denken, dies sei mindestens stark übertrieben, aber jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse wird uns Recht geben, wenn wir sagen, es sei eher zu schwach, als zu stark aufgetragen.

Wir könnten noch ungeheuer viel Material zu dieser Sache bringen, aber der Raum dieser Zeitung gestattet es uns nicht. Nur noch eins sei erwähnt. Aus dieser Gleichgültigkeit Menschenleben gegenüber entspringt auch die Lust der rheinisch-westfälischen Hüttenarbeiter, bei den geringsten Streitigkeiten das Messer zu ziehen. Die frommen Leute unserer Gegend schreien immer über Verrohung der Arbeiter; man müge diesen doch erst auf der Hölle, bei ihrer Arbeit eine höhere Werthschätzung des Menschenlebens beibringen, dann läßt sich weiter reden.\*)

Und nun zum Lohn, zu der Entschädigung der Leute, für solche Arbeit.

Da sieht es auch nicht sehr rosig aus; noch vor 5 bis 10 Jahren war der Verdienst der Walzer, Puddler und Schweißler ein guter. 120—180 M. monatliches Einkommen war da für einen erwachsenen Arbeiter die Regel. Im Anfang der hiesigen Jahre wurden sogar 100—150 Thaler verdient. Wie hat sich das aber alles geändert! Jedes Jahr, oft sogar in noch kürzeren Pausen, verkündigt der Anschlag eine so und sovielprozentige Lohnreduzierung, manchmal bis zu 20 Proz. Heute muß es sehr gut gehen, wenn ein Walzer oder Puddler 100—120 M. monatlich ausgezahlt bekommt; 80—90 M. ist die Regel. Man beobachtet bei den Abzügen oft eigenartige Verfahren. So z. B. hieß es einmal auf einer Hütte: „Wenn Ihr (die Arbeiter) heute eine Charge (Wockanzahl) mehr giebt, dann bekommt Ihr Freibier.“ Die thürdichten Arbeiter strengten sich denn auch an bis auf's Blut, fertigten das gewünschte Quantum an, bekamen ihr „Freibier“ und den anderen Tag 10 Proz. Abzug. Ob das auch nicht unter die Rubrik: „Unlauterer Wettbewerb“ zu setzen ist?

Uebrigens wird in den Feuerbetrieben nur nach Gewicht, also Akfordlohn, bezahlt. Nirgends wird aber auch die Wahrheit der Sentenz: Akfordarbeit ist

\*) Diese Ursachen, wie bei den Hüttenarbeitern, nur in noch größerem Maße, liegen auch der sprichwörtlich gewordenen „Nothheit“ der Bergarbeiter zu Grunde.

Nordarbeit, drastischer bewiesen, wie gerade hier. Vor 20 Jahren war man froh, wenn man den Tag über 80 bis 100 Schienenlängen produzierte, heute hat sich das Arbeitsquantum auf 1000 bis 1200 gesteigert. Vor 10 Jahren gab man in den Stahlwerken 6—7 Chargen ab, heute sind es 19—22, ja manchmal noch mehr. Wohl ist ein gutes Theil der Steigerung auf Rechnung der vorzüglichen, verbesserten technischen Einrichtungen zu setzen, weit mehr ist sie aber eine Folge der übermenschlichen Ausbeutung der Arbeiter. — Man sieht also, die Produktion hat sich ungemein gehoben, der Lohn der Arbeiter ist dafür bedeutend gesunken. Das alte Lied.

Jetzt naht nun der Winter wieder. So lange Arbeit vorhanden war, hat man die Leute bis auf's Aeußerste abgetrieben, durch fortgesetzten Abzug die Arbeitsmenge immer mehr vergrößert; der Lohn ist gesunken, Ersparungen haben die Arbeiter nicht machen können. — Die Lager liegen voll von Schwellen, Schienen, Blöcken und Faconseisen, der Betrieb stockt, die Leute werden entlassen. Wo nun hin? Die Plage ist allgemein; wo man die Leute nicht sofort entläßt, da gibt man ihnen einen Tagelohn von 2 bis 2,30 M. Hunderte haben überhaupt keine Arbeit und laufen von einer Fabrik zur anderen, Stellung suchend. Die Phrase: Wir entlassen nur Ledige, ist eben nichts weiter als eine Lebensart, womit sich die Schuldbehafteten entschuldigen wollen: die Erfahrung belehrt uns eines Andern. Die Lebensverhältnisse sind in Rheinland-Westfalen auch nicht die besten; Alles ist sehr theuer. Mithel, Brand, Lebensmittel stehen im Sommer schon hoch im Preise, im Winter erhöhen sich dieselben noch erheblich. Was soll nun so ein armer Teufel machen? Die Aussicht, im Februar oder März wieder auf seine alte Stelle zu kommen, macht ihn mittelmäßig nicht kalt. Das „heilige“ Weihnachtsfest naht. Die Frommen und Guten im Lande stimmen Jubellieder an, daß „der Erbster“ kommt. Möchten diese Leute doch einmal am Weihnachtstage eine solche Familie, deren Vater schon seit Wochen arbeitslos ist, oder auch einen Lohn von 2—2,30 M. verdient, auffuchen und die Herren Aktionäre der betreffenden Fabrik, auf der dieser Arme gearbeitet, könnten desgleichen thun. Da werden sie keinen Weihnachtskuchen oder Braten, sondern Schwarzbrod finden; keine Jubellieder, sondern Klage- und Wehelieder, oft sogar Flüche hören müssen. Ja, es ist eine „Schlechtheit in der Welt“, zetern sie dann. Aber wer sind denn die Schlechten? O, herrliche Ordnung!

Warum, werden jetzt viele Leser fragen, organisiren sich denn die Hüttenarbeiter in Rheinland-Westfalen nicht? Ja, warum organisiren sie sich nicht?

Gewiß, das Gesetz erlaubt es ihnen, deswegen hätten sie nichts zu fürchten. Aber über das Gesetz stellen sich heute viele der Krupp, Baare, Stumm, Massenez, Braun, Hösch, Grillo, Junke und wie die Fabrikkönige und Direktoren alle heißen. Beim König Krupp empfängt jeder Arbeiter eine Arbeitsordnung, die der Gewerbeordnung entspricht. Dabei liegt so ein kleiner Anhang, in dem es heißt: die Arbeiter dürfen sich an Bestrebungen und Vereinen, die den Umsturz der heutigen Gesellschaft bezwecken, bei Gefahr ihrer Entlassung nicht betheiligen. „König Krupp's“ Wille ist für seine Arbeiter das höchste Gesetz, und daß die volle Schärfe, „die Hungerpeitsche“, den Uebeltäter trifft, hat er 1892 bewiesen, als er nahezu 40 Arbeiter, die dem „Metallarbeiterverband“ angehörten, auf die Straße warf.

Wie Krupp, so machen es die Andern alle, Wahlbeeinflussungen, wie sie in Hürde, Dorfsfeld, Essen, Bochum und andere mehr vorkommen, sind nur zu er-

klären aus der absoluten Machtvollkommenheit, die sich die hiesigen Industrieherrn zugelegt haben. An dieser scheitert auch jeder Versuch einer Organisation, oder er ist vielmehr als jetzt daran gescheitert.

In unseren Kreisen ist man noch vielfach der Ansicht, größere Ansammlungen von Proletariern in einer Fabrik stärken das Solidaritätsgefühl; wir können nach jahrelanger Beobachtung sagen, daß das nicht der Fall ist. Wäre es wahr, dann müßten in Rheinland-Westfalen, wo die Industrie am meisten konzentriert und kartellirt ist, die besten Organisationen sein.

Nicht zuletzt sind die Organisationsversuche der Hüttenarbeiter an ihrer großen physischen Abspannung gescheitert. Kommt der Arbeiter Abends nach Hause, dann ist er froh, wenn er sofort oder baldigst das Bett aufsuchen kann. Geistiger Anregung sind sehr wenige zugänglich. Sonntags in's Wirthshaus gehen, dann und wann zu irgend einem rauschenden Vergnügen, das ist Alles. Lange darf der Arbeiter durchaus nicht Abends ausbleiben, da er weiß, den anderen Morgen geht das „Schustern“ wieder los.

Sollte in der Folge eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, dann würde das in hohem Maße auf die Hüttenarbeiter Rheinland-Westfalens günstig wirken. Dann wird es auch eher möglich sein, die Leute aus ihrem Indifferentismus herauszureißen. Möge die Zeit bald kommen!

„Sozialdemokrat“.

### Nachwärts!

Von Zeit zu Zeit wird aus Unternehmungskreisen mehr oder weniger in ganz demonstrativer Weise eine Agitation gegen das Bisch. Sozialreform entfaltet. Zur Laufe dieses Frühjahrs machte ein Artikel der „Papier-Zeitung“ durch die kapitalistische Presse die Runde, welcher sich mit der Ansammlung des Kapitals in der Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung beschäftigte und dahin ging, daß die auf diese Weise erfolgte Aufsammlung der Mittel für die Industrie von sehr bedenklichen und nachtheiligen Folgen werden müsse. Ferner habe man der Industrie durch andere Geseze noch Lasten aufgebürdet: nämlich die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, ferner habe man die Verunreinigung von Luft und Wasser mit schweren Strafen belegt. Auch das freie Ein- und Ausgehen der Ueberwachungsbehörden erweckt immer den Herren das Gefühl, als ständen sie unter Polizeiaufsicht. Ja, die Herren sehen eben in Allem, und sei es auch das Winzigste, was für die Arbeiter auf sozialem Gebiete geschaffen wird, ihren Untergang.

Einen weiteren Beitrag zu dieser Agitation liefert gegenwärtig der Verein westfälischer Schlotbarone, sowie der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Folgende Notiz macht gegenwärtig durch Arbeiterblätter die Runde:

Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 hatten in den Reihen der Industriellen einige Bestürzung hervorgerufen; aber die Herren Stumm, Krupp und Konsorten kannten keine Furcht; sie benutzten ihren Einfluß und ihre Mitgliedschaft im Staatsrath und gossen schon recht viel Wasser in den Wein. Die Vorlage über die Abänderung der Gewerbeordnung vom 6. Mai 1890 trug überall Spuren der Thätigkeit der Großkapitalisten. Aber das Wenige, was Gesetz wurde, war den Kapitalisten zu viel, sie machten gegen dieses noch Opposition. So behauptete Dr. Deumer vor einigen Jahren in einer Fabrikanten-Versammlung, die im Gesetz vorgeschriebenen Pausen können den zu endlichen Arbeitern nicht bewilligt werden, weil in vielen Fabriken, des Staubes wegen, ihnen nicht

angebracht werden können. Mehrfach haben die Fabrikanten-Vereine darum petitionirt, daß die in den § 135 und 136 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Schußbestimmungen wieder beseitigt werden mügen. Anfangs fliehen sie bei dem Handelsminister auf Widerspruch. Jetzt wird der „Süd. Zig. telegraphirt:

„Der Minister für Handel und Gewerbe theilte der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller auf ihre Eingabe betreffs der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Wals- und Hammerwerken mit, daß der Bundesrath über die Abänderung der betreffenden Bestimmungen voraussichtlich in der allernächsten Zeit Beschluß fassen werde.“

Demnach ist wohl anzunehmen, daß eine Aenderung — ob nun in vollen Maße, wie in der Vorlage gewünscht, bleibt abzuwarten — stattfinden wird.

Von Seiten rheinischer Großindustrieller ist ein organisirter Selbstzug gegen das Reichsversicherungsamt eröffnet. An der Spitze der „Bewegung“ stehen der bekannte Verein der westfälischen Schlotbarone „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen“ und die „Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller“. Sie haben gemeinsam, nach einem Berliner Blatte, folgendes „Druckschreiben“ an die betheiligten Interessenten erlassen:

„Düsseldorf, 15. November 1894.“

S. T.

Die Fälle, in denen ein durch Unfall verletzter Arbeiter ganz denselben oder einen höheren Lohn verdient, als vor der Verletzung, und demnach die Unfallrente bezieht, lassen die Ausnahme einer Bestimmung in das U.-V.-G. wünschenswerth erscheinen, wonach in solchen Fällen die Rente entweder für den Zeitraum der unverminderten Arbeitsfähigkeit ruhen oder die Möglichkeit geboten werden soll, das Rentenfestsetzungsverfahren jeder Zeit wieder aufzunehmen. Solche Fälle sind gar nicht selten. Nach einer uns vorliegenden Statistik bezogen im März 1891 auf einem rheinisch-westfälischen Stahlwerk 140 Arbeiter eine Unfallrente. Von diesen verdienten 48 neben ihrer Rente einen höheren oder gleich hohen Lohn wie vor der Verletzung, obwohl z. B. bei zweien von ihnen eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit um 50 Proz. festgestellt worden war; weitere 30 hatten mit Einschluß der Rente einen höheren Verdienst als früher, so daß im Ganzen 78 Rentenempfänger, also über 50 Proz., besser als vor der Verletzung gestellt waren. Bei den Fucharbeitern, Drehern, Schlossern usw. tritt eine Verminderung ihrer früheren Arbeitsfähigkeit durch den an sich schweren Verlust eines Auges meistens nicht ein, dennoch erhalten sie nach konstanter Praxis des Reichsversicherungsamts meistens eine Rente von 30—50 Prozent!

Um nun für den Fall, daß die Unfallversicherungs-Novelle im Bundesrath zur Vorlage gelangt, einen solchen Antrag, wie oben formulirt, begründen zu können, bedürfen wir einer möglichst umfassenden Statistik, und ersuche ich Sie deshalb im Auftrage des Vorstehenden, Herren Geheimrath Dr. Jaussen und Direktor Serbaes, sehr ergeudst, die unסתehenden Fragen ihmüchst bald beantworten zu wollen. Die Berufsgeuossenschaft, der Ihr Betrieb angehört, wird ohne Zweifel gern bereit sein, Ihnen ev. erforderliches Material für die Beantwortung zur Verfügung zu stellen.

Dochachtungsvoll

gez. Dr. Deumer.

Fragebogen.

1) Wie viele der auf Ihrem Werke beschäftigten. . . Arbeiter empfangen eine Unfallrente?

2) Wie hoch ist die Verringerung der

Erwerbsfähigkeit derselben bei der Rententestfestsetzung (in Prozenten) bemessen worden?  
 6) Wie viele sind durch den Empfang der Rente plus Lohn besser gestellt, als vor dem Unfall?  
 Ort und Datum.                      Unterschrift.

Die minimale Rente soll also noch gekürzt werden; so wollen es die Herren von der rauchenden Esse und dem Dampfhammer. Diese Auffassung ihrer sozialen Aufgaben erscheint in einem recht eigentümlichen Lichte. Das Sonderbare bei der ganzen Geschichte ist aber, daß man sich das blümste Beispiel ausgesucht hat. Daß Jemand mit einem Auge seine Gelbrollen zählen und die Dividende einstreichen kann, glauben wir sehr gern, ob aber ein einäugiger Schlosser oder Dreher seine Berufspflichten fachgemäß erfüllen kann, bestreiten wir und wohl Jeder mit uns, der nicht etwa aus Geldsackglück dem Armen die Rente mißgönnt. Kein Werk des menschlichen Körpers ist ohnehin durch Geld erfleht. Und wenn die Herren etwa befürchten, daß durch die Zahlungen der Renten die Arbeiter zu viel verdienen, so könnten diese Fälle doch nur sehr vereinzelt vorkommen. Die Vertrauensärzte bei den Berufsvereinigungen sorgen auf's Eifrigste dafür, daß es ja keinem der rentenbeziehenden Arbeiter zu wohl wird.

Daß die Herren Schlotbarone in ihrem "Reiche" in gewisser Beziehung sich zu unbeschränkter Herrschaft über ihre Arbeiter aufschwüngen, Heirathskonsense nach ihrem Ermessen und Wohlwollen ertheilen oder verweigern, sich anmaßen, auch außerhalb der Werkstatt und Arbeitszeit über das moralische Betragen ihrer Arbeiter Tugendwächter zu spielen und eventuell Strafen zu verhängen, genügt ihnen noch nicht. Nein, auch die nach anderer Richtung hin zum Schutz der Arbeiter erlassenen sozialen Gesetze müssen nach Ansicht der Herren berartig bestellt sein, daß ihnen dadurch in keiner Weise Unannehmlichkeiten bereitet werden, sonst werden alle Hebel in Bewegung gesetzt und nicht eher wird gerührt, bis eine bemeint-sprechende Aenderung geschaffen ist. Stellen aber die Arbeiter Forderungen oder haben Wünsche um Abhilfe dieser oder jener Uebelstände, und sind es die gerechtesten und beschneidensten, dann sind die Herren mit der ihnen zur Verfügung stehenden Presse gleich da, um die Arbeiter als begehrlich und unverständig zu ver-schreiben.                      „Glück auf!“

**Ueber die Arbeiterversicherungs-Gesetze**

referierte im "Pantheon" zu Leipzig am Sonntag, den 16. Dezember, in zahlreich besuchter öffentlicher Metallarbeiter-Versammlung der Reichstagsabgeordnete Genosse Grillenberger.  
 Es sei an der Zeit — so führte der Redner aus — sich wieder einmal etwas genauer die Versicherungs-Gesetze anzusehen, aber es gehörte ziemliche Anstrengung dazu, um für das verhältnismäßig trodene Thema das Interesse wege zu machen. Bei Inkrafttreten der Versicherungs-Gesetze habe die Mehrzahl so gut wie gar nichts von den Gesetzen gekannt, woran zuweilen ihre Abfassung im Juristendeutsch schuld sei. Auch lege ein großer Theil dieser Gesetze wenig Werth bei und halte eine politische Thätigkeit für erproblicher, mittels deren bessere Gesetze erzielt werden sollen. Doch habe die Arbeiterklasse auch ein großes Interesse daran, auf die Anwendung der bestehenden Gesetze Einfluß zu gewinnen, damit sie nicht dem Unternehmerthum missbraucht werden. So beachtete jetzt das Agrarierthum das Alters- und Invalidengesetz zu ändern, d. h. es für die landwirtschaftlichen Arbeiter abzusuchen und seine Ausdehnung zu verhindern. Solche Anträge seien ebenso möglich, wie der Antrag Ranig auf Monopolisirung des Getreidehandels möglich geworden sei.  
 Die gegenwärtige Unfallversicherung, der 18 Millionen Arbeiter unterstellt seien, werde repräsentiert durch sechs verschiedene Gesetze, zu denen in baldiger Zukunft noch drei neue hinzukommen sollen, nach denen erstens die Arbeiter nicht nur gegen Unfälle in den eigentlichen Betrieben, sondern auch gegen solche bei ihnen aufgetragenen anderen Ver-

richtungen, sowie auf dem Wege nach der Fabrik versichert werden sollen; zweitens solle die Unterstützung nicht erst wie bisher nach der dreizehnten Woche, sondern vom Augenblicke der Entlassung aus der Krankenbehandlung eintreten. Diese angnerkennenden Verbesserungen des bisherigen Zustandes entsprächen den Wünschen der Sozialdemokratie, die schon zur Zeit der Schaffung des Unfallgesetzes eingebracht worden seien. Aber es müsse auf diesem Wege noch viel weiter gegangen werden. So müsse die Rentenberechnung eine gerechtere werden und bei wiederholten Unglücksfällen nicht der spätere geringere Lohn, sondern der frühere, vor dem ersten Unfall erzielte höhere zur Grundlage genommen werden.

Den in Aussicht stehenden Gesetzesverbesserungen ständen aber auch wesentliche Verschlechterungen gegenüber. So solle der Anstandsweg bei der Rententestfestsetzung beim Reichsversicherungsamt abgeschafft werden. Das letztere beabsichtige die Restauration zu einer bloßen Nebensacheinstanz zu machen, die nur die formelle Seite der Rententestfestsetzung zu prüfen, aber nicht mehr in eine materielle Untersuchung der Unfälle nach dem Grade ihrer Schwere einzutreten habe. Bisher seien von den vor das Reichsversicherungsamt gekommenen streitigen Rententestfestsetzungen 49 Prozent zu Gunsten der Arbeiter abgeändert worden. Das sei den Unternehmern zu hurt geworden. Die hohe Zahl der Rentenänderungen durch das Reichsversicherungsamt beweise jedoch nur, daß die Schiedsgerichte nicht sind, was sie sein sollen, daß vor ihnen die Arbeiter nicht ihr Recht gefunden haben. Nun wolle das Unternehmerthum die Berufung ganz abschaffen. Ueberhaupt stehe zu befürchten, daß aus einer Aenderung des Gesetzes in gegenwärtiger Session nicht viel gutes für die Arbeiter herauszukommen werde. In national-liberalen und freikonservativen Blättern werde eine Zunahme der Unfälle und zu ihrer Erklärung schamloserweise eine Stimulation der Verletzten und ferner behauptet, daß die Arbeiter sich ihre gesunden Gliedmaßen absichtlich verletzen ließen, nur um in den Besitz einer Rente zu gelangen. Die Absurdität einer solchen Behauptung zeige die That-sache, daß den Rentnern, wenn ihre geringere Arbeitsfähigkeit zu Tage tritt, sich Wohnabzüge gefallen lassen müssen oder auf's Pfandlohn fliegen und dann in ihren neuen Stellen wesentlich geringer entlohnt werden. Namentlich in den Staatsbetrieben sei es schon längst Usus, den Unfallbeschädigten den Lohn um den vollen Betrag ihrer Rente zu kürzen. Niemand werde es einfallen, seine Hand durch einen Dampfhammer zerstampfen zu lassen, um im glücklichsten Falle eine Rente von 66 2/3 Prozent des Lohnes zu erhalten. Im Jahre 1892 hatten von 55,600 Unfällen nur 2600 Unfälle dauernde Erwerbsunfähigkeit mit Vollrentenbetrug zur Folge. Es gehöre also die ganze Unverschämtheit der Unternehmernorgane dazu, zu behaupten, daß die Arbeiter sich absichtlich verletzen ließen.

Angefaßt dieselbe Berechtigung habe die weitere Behauptung der Unternehmer, daß sie die Kosten für die Unfallversicherung allein trügen. 13 Wochen der Unterstützung fallen den Krankenkassen zur Last und damit die Mehrzahl der Unterstützungsfälle über-haupt. Außerdem aber ständen dem Unter-thum Mittel genug zur Verfügung, den Rest vor sich abzumwühlen, so im Niederdrücken der Löhne oder im Aufschlag auf die Warenpreise. Es sei also ungerechtfertigt, wenn den Arbeitern der Einfluß auf die Verwaltung der Unfallversicherungs-schaften noch länger vorenthalten werde, den sie seit Schaffung des Unfallversicherungs-gesetzes verlangt haben. Uebrigens habe die Sozialdemokratie schon längst Vorschläge zu einer zweckmäßigeren Aufbringung der Deckungsmittel für die Berufsvereinigungen gemacht und zwar in Form eines Zuschlages zu den Einkommensteuern, unter welchem Modus auch die jetzt freibleibenden Unter-nnehmer zur Beitragsleistung herangezogen würden, die sich mit ihrem Raube aus industriellen Unternehmungen zur Ruhe gesetzt haben. Die heutigen Berufsvereinigungen seien wirtschaftliche Unternehmens-vertretungen und politische Organisationen, die auf die öffentlichen Angelegenheiten einzu-wirken müßten und sich mit Sachen befassen, die mit den gesetzlichen Aufgaben der Berufsvereinigungen absolut nichts zu thun hätten. Aber noch keinem Gericht sei es eingefallen, die Berufsvereinigungen mit demselben Maße zu messen, mit dem die Gewerkschaften und Fachvereine gemessen werden.

Die Sozialdemokrat' erblicke die zweck-mäßigste Organisation des Versicherungswesens in dessen Uebertragung auf eine Reichsanstalt in der Weise, daß jeder erwerbsunfähig werdende Staatsbürger Unter-stützung erhalte. Im sozialistischen Staats-wesen bedürfte es derartiger Rassen-einrich-tungen überhaupt nicht, aber unter dem Be-stande der heutigen Gesellschaft müsse Schritt

für Schritt gesorgt werden, den arbeitenden Klassen Verbesserungen zu erringen. Das Unternehmerthum hingegen ziehe daraus ab, den bestehenden Zustand noch weiter zu ver-schlechtern. So wurden neuerdings, gestützt auf Zeugnisse willfähriger Aerzte, Leistungen nicht mehr als Unfälle im Betriebe betrachtet, weil nicht nachzuweisen sei, wie lange schon eine Anlage dazu vorhanden sei, es sich vielmehr also um eine Krankheit wie jede andere handle. Bezüglich der Rententestfestsetzung sei jetzt die Nachuntersuchung und Rentenreduktion im Schwunge. Den Ar-beitern werde erklärt, daß sie bei Leichter er Arbeit so und so viel verdienen könnten, ob der Arbeiter aber eine solche Arbeitsstelle finde, darum kümmere sich die Unternehmer nicht. Die Fabriks- und Vertrauensärzte behaupteten dabei vielfach, daß für die Ar-beiter durch die Versicherungs-Gesetze besser gesorgt sei, wie für jeden anderen Stand. Allerdings gäbe es unter den Aerzten auch Elemente, die ehrlich die Wahrheit sagten, wie das auf dem letzten in Dubapest abge-haltenen ärztlichen Kongreß gesehen sei, auf dem z. B. ausgeführt wurde, daß kein ehrlicher Arzt sich gegen den Achtkundentag erklären könne, aber für denselben dürfe kein Fabrikarzt eintreten, wolle er nicht seine Stellung gefährden. Unparteiliche Aerzte würden jetzt aus den Schiedsgerichten fern gehalten, für deren Zusammengehen ein anderer Wahlmodus als der bisherige in Geltung kommen müsse. Die jetzigen sog. Arbeiterbeisitzer seien meist Vorarbeiter und Werkmeister ohne jedes Klassenbewußtsein, die zu allem Ja und Nein sagen, was von den Vorstehenden der Schiedsgerichte be-hauptet werde.

Gegen die Ausdehnung der Unfallver-sicherung seien namentlich auch die Handwerker mit der Motivierung, daß das Hand-werk diese Last nicht tragen könne. Die Sozialdemokratie, die längst die Vertretung aller Unterdrückten gemorden, fordere hier, daß der Staat direkt mit finanzieller Hilfe eintrete.

Der Redner wendete sich darauf dem Alters- und Invalidengesetz zu, das, wie ge-sagt, für die landwirtschaftlichen Arbeiter abge-schafft werden solle, was jedenfalls Le-ziglichste sei für die vielgerühmte Arbeiter-fürsorge der Herren Agrarier. Von den jetzt an 240,000 Rentnern gezahlten 27,900,000 M. Rente entsaßen 22,700,000 M. auf die Alters-rente und nur 5,200,000 M. auf die Invaliden-rente, wodurch bewiesen werde, daß die letztere viel schwerer zu erlangen sei. Durch-schnittlich könne an Alters- und Inva-lidenrente 112 M. auf den Kopf der Unter-stützten, das sind pro Tag 31 S.; es sei also keineswegs eine Uebertreibung gewesen, als man sich seiner Zeit über die 80 1/2 S. Lustig machte. Die statistischen Nachrichten seien durchaus mangelhaft, wie es auch die Berufsvereinigungen unterließen, eine ge-naue Lohnstatistik anzustellen, damit die Welt kein Bild von den kräftigen Lohnver-hältnissen erhält. Die Alters- und Inva-lidenkasse habe beträchtliche Ueberschüsse erzielt, so daß schon jetzt der Rentensatz er-heblich erhöht oder die Beiträge erniedrigt werden könnten. Mindestens liege kein Anlaß vor, bei der Rententestfestsetzung so rigoros zu verfahren, wie das jetzt geschieht. Der Ar-beiter wolle, daß das angesammelte Geld zu den Zwecken Verwendung finde, für die das Gesetz geschaffen worden sei. Auch in Bezug auf dieses Gesetz seien durchgreifende Ver-esserungen anzustreben, zu deren Erreichung die politische Macht erobert und das Prole-tariat wirtschaftlich gestärkt werden müsse, um es zu befähigen, diejenigen Kämpfe zu bestehen, die notwendig sind, um die Be-freiung der gesammten Arbeiterklasse herbeizu-führen. (Sehr großer Beifall.)

In der Diskussion trat als Vertreter der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine Herr Willner auf, der sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Referenten einver-standen erklärte, was auch in einer gemein-samen Resolution zum Ausdruck gebracht werden sollte. — Der Friedrich trat für Massenpetitionen an den Reichstag in Bezug auf das Unfallversicherungs-gesetz ein, mit welchem Beispiele die Gewerksvereine voran-gegangen seien.

Ein von Genossen Reichel eingebrachte und begründete Resolution erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einver-standen, verlangte die weitere Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes und erwartet von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, daß sie in diesem Sinne wirkt.  
 Genosse Grillenberger bemerkte, es sei erfreulich, daß die Hirsch-Dunder'schen mit seinen Ausführungen einverstanden seien. Es sei nicht immer so gewesen, und auch der Anwalt der Gewerksvereine, Dr. Max Hirsch, habe sich anfangs gegen die staatliche Ver-sicherung überhaupt erklärt, während die Sozialdemokratie von Anfang an für den Versicherungs-zwang eingetreten, da die Ar-beiter ebenjowas andere Menschen zu ihrem Besten erzwungen werden müßten. Die Hirsch-Dunder'schen seien erst von ihrem Widerstand abgkommen, als sie gleichsam

am eigenen Leibe die Ungültigkeit ihrer Kassen erfahren. Hirsch's spätere Auftreten im Reichstag sei zwar arbeiterfreundlich ge-wesen, doch hätten seine Parteianghörigen wie Schmitt-Ebersfeld und der Verschlechte-rungs-kommissar Gutknecht auf genau ent-gegengesetzten Standpunkt wie Hirsch ge-standen. Die freisinnige Zeitung habe noch in letzterer Zeit sich gegen jegliche Ueber-haftung bei der weiteren Sozialgesetzgebung erklärt und ein anderes Organ der frei-sinnigen Partei, der „Frankische Kurier“, habe eine wahre Hege gegen den Bestand des Unfallversicherungsgesetzes an sich veran-staltet. Der letztere Satz der Resolution sei besser an die Freisinnigen zu richten, von der Sozialdemokratie sei es selbstverständlich, daß sie für die Rechte der Arbeiter eintrete.

Herr Willner erblickt in den letzten Aeußerungen Grillenbergers einen Versuch, die in der zur Verachtung stehende Frage herrschende Einzelheit der Arbeiter zu fördern. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften hätten mit der freisinnigen Partei gar nichts zu thun, sie seien keine Handlanger einer po-litischen Partei. Die von Grillenberger be-fürwortete Ausübung eines Zwanges werde keineswegs von der gesammten Sozialdemo-kratie gebilligt, was er mit einigen Ueber-wendungen sozialdemokratischer Delegirter auf dem Frankfurter Parteitag zu beweisen sucht. Für die eingebrachte Resolution würden die Hirsch-Dunder'schen nur stimmen können, wenn ihr Schlußsatz an alle arbeiterfreundliche Abgeordnete gerichtet werde.

Grillenberger weist die Unterstellung zurück, daß er habe Zwietracht sden und daß die Sozialdemokraten von den Hirsch-Dunder'schen Trennende hervorheben wollen. Er habe nur für notwendig gehalten, zu beweisen, daß die Anhänger Max Hirsch's einwirken müßten auf die freisinnige Partei, auf deren Abstimme es ankomme, nicht auf die Haltung einzelner Personen. Die vom Vorredner zitierten Aeußerungen aus dem Protokoll des Frankfurter Parteitages bezögen sich auf ganz andere Sachen. In jedem Gesetz liege ein Zwang, wolle man diesen nicht, müsse man logischer Weise zum Anarchismus kommen. Was die von Willner gewünschte Resolutionsänderung betreffe, werfe er die Frage auf, wer sich heute nicht alles im Reichstage arbeiterfreundlich nenne. Die Agrarier und Antisemiten behaupteten von sich, die wahren Arbeiterfreunde zu sein. Er schlage vor, die im Schlußsatz der Reso-lution ausgesprochene Erwartung schlechweg an den Reichstag zu richten.

Genosse Reichel ändert seine Resolution dahin ab, daß sie es für selbstverständ-lich hält, daß die sozialdemokratische Fraktion im Interesse der Arbeiterklasse thätig ist. — In dieser Form gelangt die Resolution von der ca. 1200 Personen zählenden Versamm-lung gegen 12 Stimmen zur Annahme.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Unsere Stellung zu den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen, wurde der vorigen Zeit wegen für eine spätere Versammlung zurück-gestellt. Unter dem 3. Punkt der Tagesord-nung beauftragte die Versammlung die Dele-girten der Metallarbeiter zum Gewerkschafts-fartell, für den bekannten Antrag Neufuß, betreffend die Streikunterstützung, einzutreten. Nach einem kräftigen Schlußwort Grillen-bergers erreichte die Versammlung kurz vor 2 Uhr ihr Ende.

**Korrespondenzen.**

**Gelbigeker und Gürtler.**

Hamburg. Mitgliederversammlung der Gürtler, Gelbigeker, Schleifer u. s. w. am 5. Dezember. Nach Eröffnung der Versamm-lung erklärte der Bevollmächtigte, daß er habe heute stattfindenden Vortrages wegen habe nach dem Stadthause gehen müssen, um daselbst dessen Inhalt ganz spezifisch anzu-geben; erst dann habe er die Erlaubnis zu demselben erhalten. Sollte wegen der Dis-kussion darüber die Auflösung der Versamm-lung erfolgen, so finde die nächste Versamm-lung über acht Tage statt. Nachdem erfolgte Annahme des Protokolls, sowie Eintritt in die Tagesordnung: Vortrag des Genossen Deisinger: Ist Bedürfnislosigkeit eine Tugend? Genosse Deisinger behandelte das auf dem Stadthaus so gefährlich schwebende Thema in einer die Zuhörer vollständig be-friedigenden, doch dem „Ueberwachenden“ keinerlei Anlaß zum Einschreiten gebenden Weise, zum Schluß auf die Gewerkschaften hinweisend, mittels welcher die Arbeiter sich das zu menschenwürdigen Dasein Not-wendige zu erringen bestreben seien. Kollege Max forderte im Anschluß an das Referat zum Eintritt in die Gewerkschaften auf. Die nun folgende Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Ortsverwalter Harnak, Kassirer Fröh, Revisor und Schriftführer Benke, Revisoren Maßr und Schwann, Bibliothekar (wiedergewählt) Zahn, für den Arbeitsnachweis (wiedergewählt) Kolbig, ferner Maßr und Sparlak. Der Bericht von Gewerkschaftsartell wurde entgegenge-nommen und dann beschlossen, gemeinschaft-

Ich mit den Klempnern ein Sommerbergnügen (Dampferfahrt) zu arrangieren. Weiter wurde aufgefordert, in der nächsten Versammlung vollständig zu erscheinen, sowie bei einem demnächst stattfindenden Vortrag des Genossen Hockhausen sich zahlreich einzufinden.

Klempner.

**Ebersfeld.** Sektion der Klempner. In der am 17. Dezember stattgefundenen Mitgliederversammlung fand die Neuwahl der Ortsverwaltung auf der Tagesordnung. Die derselben seither angehrenden Mitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Der Bevollmächtigte Bonneloh richtete an die Mitglieder, insbesondere an die dem Vorstande angehrenden, das bringende Ersuchen, ihn thätigst zu unterstützen und nicht nachzulassen im Agittieren für den Verband, denn der Indifferenzismus unter den hiesigen Kollegen sei noch sehr groß. Aber auch unter den Verbandsmitgliedern herrscht noch eine unbegriffliche Laune, denn kaum 10-12 halten es für nötig, die Versammlung zu besuchen. Kollegen, begreift doch endlich, daß gerade zahlreich besuchte Versammlungen, in denen wir uns gegenseitig aufklären und über die Arbeits- und Lohnverhältnisse aussprechen können, die erste Vorbedingung zur Verbesserung unserer Lage sind. Der Ortsverwaltung wird es ershwert, für Referenten zu sorgen, denn, um vor leeren Tischen zu sprechen, sind keine zu haben. Hat man nach vieler Mühe mal einen Kollegen dem Verbände zugeführt, kommt er angesichts des schlechten Versammlungsbesuchs das zweite Mal nicht wieder. Darum nochmals: besucht besser die Versammlungen. Unser Schlußreferat findet am 31. Dezember, Abends 7 Uhr, bei Obbelode, statt, und bitten wir für zahlreichem Besuch Sorge zu tragen. Die Versammlung beschloß noch, die nächste Versammlung des Festes wegen Sonntag, den 12. Januar, stattfinden zu lassen.

Metall-Arbeiter.

**München.** Von der Metallwaarenfabrik Schuler, München, Gewürzmühlstraße 1b, ist der Zugang wegen Lohnabzug streng fernzuhalten. Näherer Bericht folgt.

**Schlinging.** Achtung, Metallarbeiter! In Folge Maßregelung von organisierten Kollegen ist der Zugang von Metallarbeitern nach der Spießfabrik Schlinging fernzuhalten. Der Fabrikant bemüht sich, Arbeiter aus Böhmen heranzuziehen.

**Bonn.** Seit beinahe drei Jahren besteht hier eine Zehnjahresfeier des D. M. A., jedoch hat sich der größte Teil der hiesigen Kollegen noch nicht veranlaßt gesehen, der Organisation beizutreten. Wir treten deshalb mit der Frage an die Kollegen heran: Warum habt Ihr das bis jetzt unterlassen? Daß Ihr mit eurer wirtschaftlichen Lage unzufrieden seid, beweist Euer Klagen und Schimpfen über die lange Arbeitszeit und den ungenügenden Lohn. In einer Stadt wie Bonn mit seinen großstädtlichen Verhältnissen gehört es auch wahrhaftig nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens, für 15 und 18 A 11 und 12 Stunden zu arbeiten. Kollegen, glaubt nicht, daß die hier herrschende Beuathätigkeit, welche ja eine erkennliche Ausnahme bei der herrschenden Depression ist, eine bleibende ist, es wird mit Naturnotwendigkeit, als Konsequenz der Ueberproduktion, wieder ein Arbeitsmangel auch hier eintreten und viele werden arbeitslos werden; oder: die Arbeitgeber in der Kleinindustrie werden getrieben, durch die Konkurrenz der Großindustriellen, an Euch heranzutreten mit dem Verlangen, fürderhin noch einige Stunden länger und bei etwas weniger Lohn zu arbeiten. Dann steht Ihr außerhalb des Verbandes, allein, und seid, falls Ihr gezwungen seid abzureisen, auf Verpflegungstationen angewiesen, während Ihr im Verbandsstande einen Rückhalt an Euren organisierten Kollegen findet. Und durch das Verbandsorgan seid Ihr im Stande, die Lage der Arbeit im ganzen Lande zu überschauen und werdet wissen können, wohin Ihr Euch zu wenden habt. Darum rufen wir Euch zu: Tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband und stärkt so die Kraft der Organisation eurer Bräuter, damit Ihr gewappnet seid, wenn es den Arbeitgebern einfällt, eine Verschlechterung der Verhältnisse herbeizuführen. Viele von Euch sind in Vergnügungs- und anderen Vereinen und zahlen dort hohe Beiträge. Darum schenkt Euch nicht, 15 A wöchentlich in eure Organisation, den wichtigsten Verein eines jeden Arbeiters, zu zahlen, bald werdet Ihr lernen, daß Euch dieselben vielfältige Früchte bringen. Wir machen Euch aufmerksam auf die am 30. Dezember stattfindende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung und fordern Euch auf, zu erscheinen.

**Offen.** In einer am 16. Dezember abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung referierte Kollege Hub über das Thema: „Trübs, Kartelle und Dinge“. Ein-

gangs seiner Ausführungen verbreitete sich Redner über die Entstehung der großkapitalistischen Vereinigungen, wie sie uns in Form von Syndikaten, Kartellen etc. entgegen treten. Durch den wilden Konkurrenzkampf sei es für die Unternehmer der verschiedenen Branchen eine Naturnotwendigkeit geworden, sich zu kartellieren, weil sie nur so im Stande wären, den Preis für ihre Fabrikate selbst bestimmen zu können. Eingehend behandelte der Referent das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat, er wies auf die Nachteile hin, die den Arbeitern aus der Mehr und mehr sich vollziehenden Konzentration des Kapitals entsänden. Zum Schluß beleuchtete der Redner die Kartelle, welche die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter durch die Unternehmervereinigungen zu erwarten hätten und kam zu dem Schluß, daß die Gewerkschaften nicht im Stande seien, die Lage ihrer Mitglieder durch Kampfmittel, wie Streiks etc. wesentlich zu heben, weil es ihnen nicht möglich sei, den übermächtigen Kapitalistenorganisationen gegenüber das Feld streich zu behaupten. In der sich anschließenden Diskussion ergriff zunächst Kollege Marx das Wort; er führte aus, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen stecke, und daß man daher der Zukunft nicht so pessimistisch entgegenzusehen brauche, wie der Referent. Die Kartellstreiks müßten verschwinden und an deren Stelle hätten wohlorganisierte große Streiks, die sich auf ganze Industrieen ausdehnen, zu treten. Genosse Stiltenseld weist darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung vor allen Dingen die Aufgabe hätte, die Arbeiterklasse vor dem Verumpfen zu bewahren, wenn es einmal so weit gekommen sei, daß die Gewerkschaften ohnmächtig wären, dann sei auch der politische Kampf überflüssig, beides habe sich gegenseitig zu ergänzen. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten und nachdem noch Kollege Marx zum Delegierten in das Gewerkschaftskartell gewählt war, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Grünberg i. Schl.** Die am 10. Dezember abgehaltene Mitgliederversammlung der Metallarbeiter aller Branchen im Lokal zur „Grünberghöh“ war mäßig besetzt. Nach Verlesen des Protokolls von vergangener Versammlung und der Beitragszahlung schritt man zur Neuwahl der Verwaltung. Das Resultat war die Wiederwahl der bisherigen. Im Verschiedenen wurde u. A. vorgebracht, daß viele Kollegen in einem Lokale verkehren, dessen Besitzer sich äußerte, daß er von den Arbeitern nicht zu leben brauche; und doch verkehren bei ihm nur Arbeiter und hauptsächlich aus unserer Branche. Wir wollen dem Wirthe, der bei jeder Gelegenheit gleich mit dem „Mauswerfen“ bei der Hand ist, doch zeigen, daß er hauptsächlich von den Arbeitern leben muß. Darum machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, sich dem „Luzenthal“ so viel wie möglich fern zu halten. Nächste Versammlung Sonntag, 6. Januar, Nachmittags halb 3 Uhr auf „Grünberghöh“.

**Groß-Siedersfelder.** Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung tagte am 2. Dezember im Lokale von Ebel, Berlinerstraße. Kollege Rohlfack-Berlin referierte über das Thema: Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Die Ausführungen gingen dahin, daß die Lage der Arbeiter von Jahr zu Jahr eine immer schlechtere werde, die besitzende Klasse hingegen immer mehr an Macht gewinne. Die Unternehmer streben dahin, die Arbeiter so viel als möglich von sich abhängig zu machen. Das Fortschreiten der Technik trägt dazu bei, daß ein großer Teil von Arbeitern überhaupt stels eine Zeit außer Beschäftigung ist. Dazu kommt noch die überaus lange Arbeitszeit, sowie das Ueberhandnehmen der Frauen- und Kinderarbeit. In seinen Schlußfolgerungen empfahl der Referent den Versammelten, sich der Organisation anzuschließen, um einzeln und geschlossen den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Kollege Kurgas empfahl den Kollegen, ihr Augenmerk auf die neu erbauten Fabriken zu richten, um die Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Gleichzeitig machte Kollege Striegnar darauf aufmerksam, daß sich hier eine Zehnjahresfeier des D. M. A. befindet, es werden daselbst täglich und jeden Sonntag abends von 8-9 Uhr Mitglieder aufgenommen, sowie Beiträge einfließen. Die Zahlstelle befindet sich im Lokal von Senger, Amalienstraße 7.

**Gustavsburg - Köpfer.** 16. Dezbr. Heute hielten wir unsere Versammlung mit Wahl der Verwaltung ab. Es wurden gewählt: Hockhoff, Bevollm., Bayer, Kassirer, Ran, Schriftführer, Schölmayer, Og. Diehl und Huber, Revisoren. Kollege Grafweg sprach dann über: „Die heutige Zeit“. Redner erörterte die schlechten Verhältnisse, das Submissionswesen, die Ueberproduktion, kritisierte die Handlungsweise der Firma Löwe & Co. in Berlin, die Sparvorschlüge der Sozialpolitiker im Reichstag etc., die Kartelle der

Unternehmer, ihre Einigkeit gegen die Arbeiter, daß sie den Indifferenzismus vieler Arbeiter denken, das Kooperationsrecht zu untergraben. Redner wies auf den Gilstrower Streik hin und ermahnte die Kollegen, treu zusammenzuhalten und die Indifferenzen zu uns heranzuziehen. — Anwesend waren 20 Kollegen. Eine Sammlung für die ausgesperrten Kollegen in Gilstrow als Weihnachtunterstützung ergab M 4,95. Die Sammlung wird fortgesetzt.

**Rönigsberg i. Pr.** Schon seit etwa 4 Jahren haben die hiesigen Gewerkschaften mit der Lokalnoth zu kämpfen, sämtliche Lokale sind uns hier durch den Druck der Behörden auf die Wirthe und des Militärverbotes abgetrieben; es ist uns kaum noch möglich, zu Krankentagenversammlungen ein Lokal zu erhalten. Das einzige Lokal, welches uns zur Verfügung steht, ist das unseres Abgeordneten Karl Schulte. Daß dieses eine Lokal lange nicht für alle Gewerkschaften und Vereine ausreicht, ist wohl sehr erklärlich und deshalb kommen dieselben oft wegen des Lokals in Streit. Ein Fest abzugeben ist uns ganz unmöglich gemacht, da das Lokal hierzu viel zu klein ist (es faßt im höchsten Falle kaum 150 Personen). Daß unter diesen Umständen die Agitation für die Gewerkschaften sehr erschwert wird, ist einleuchtend. Wenn wir in Betracht ziehen, daß Rönigsberg der am weitesten vorgeschobene Posten der Gewerkschaftsbewegung im Osten Deutschlands ist, so sollte dieser Punkt aber auch mit allen nur möglichen Mitteln verteidigt werden. Wenn hier eine gesunde und kräftige Gewerkschaftsorganisation gedeihen und auch noch auf die Organisation der kleineren Städte der Provinz wirken soll, so ist es vor allen Dingen notwendig, daß hier in Rönigsberg für ein den Verhältnissen entsprechendes Lokal gesorgt wird. An dem Verlust des Streiks in Gilstrow dürfte wohl auch ein guter Theil der Schuld an der schlechten Organisation des Ostens liegen, denn gerade von hier aus dürfte der meiste Zugang zu verzeichnen sein. Um diesen traurigen Verhältnissen ein Ende zu machen, wurde in einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung (so weit davon überhaupt bei dem kleinen Lokale zu reden ist), eine Kommission gewählt, welche der Lokalfrage näher zu treten und für die Mittel und Wege Sorge zu tragen habe, uns ein entsprechendes Lokal zu beschaffen. Von dieser Kommission sind nun Geldsammlungen zu diesem Zwecke veranstaltet worden, es haben die hiesigen Arbeiter auch bis jetzt etwas über 1000 M zusammengebracht. Da aber diese Sammlungen dazu allein nicht ausreichen und es viel zu lange dauern würde, bis unser Ziel erreicht wird, so hat sich die Kommission an die hiesigen Filialen der zentralisierten Gewerkschaften mit dem Ersuchen gewendet, bei ihren Vorständen dahin vorstellig zu werden und dieselben anzufordern, diese Sache mit einem Geldbetrage zu unterstützen. Zu diesem Zwecke war die Lokalfrage auf die Tagesordnung der letzten Versammlung des D. M. A. gesetzt. Nachdem der Vorsitzende in längerer Ausführung den Sachverhalt erläutert hatte, wurde von der von etwa 100 Mitgliedern besuchten Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute den 16. Dezember in der „Phönixhalle“ tagende Versammlung der allgemeinen Filiale des D. M. A. hält es unter den gegebenen Umständen für ihre Pflicht, für die Beschaffung eines geeigneten Lokales zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung nach besten Kräften einzutreten. Zu diesem Zweck beschließt die heutige Versammlung, den Vorstand des D. M. A. anzufordern, uns hier am Orte mit einem entsprechenden Geldbetrage zu unterstützen. In Erwägung dessen, daß hier der am weitesten vorgeschobene Posten der Arbeiterbewegung ist und durch den Mangel eines Lokales die Ausbreitung der Arbeiterbewegung sehr gehemmt wird, so ist mit allen Mitteln für die Lösung der Lokalfrage einzutreten.“ Ferner wurde beschlossen, diese Resolution mit einem entsprechenden Bericht in der „Met. Arb.-Z.“ zu veröffentlichen. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß uns die aktivsten Mitglieder in dieser Sache nach Kräften unterstützen und etwaige Sendungen an den Bevollmächtigten oder den Kassirer der Filiale richten möchten. Denn eine gute Organisation in Rönigsberg ist für den ganzen Osten sowie für den ganzen Verband von großem Nutzen. In dieser Versammlung wurde auch die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Es wurden gewählt: Julius Kirck, Schlosser, Vorberichtstraße 24 II, zum Bevollmächtigten; Richard Still, Schlosser, Wiese 5, als Kassirer; als Revisoren: Emil Hübler, Schlosser, Richard Klein, Schlosser, Friedr. Marquard, Dreher. Sodann gedachte der Vorsitzende der ausgesperrten Kollegen in Gilstrow und beantragte, für dieselben eine Sammlung vorzunehmen, welches angenommen wurde. Die Sammlung ergab M 11,07. Weiter wurde beschlossen, in den Werkstätten Sammelkästen für dieselben einzurichten zu lassen. Da die Tagesordnung erledigt war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen. — Die

Kollegen allerorts bitten wir, uns in der Lokalangelegenheit nach besten Kräften zu unterstützen.

**Kiel.** Die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des D. M. A. beschloß sich, nachdem das Protokoll verlesen war, mit der Wahl der Ortsverwaltung, die folgendes Resultat ergab: R. Wiffel, 1. M. Schöner, 2. Bevollmächtigter; V. R. Schöly, 1. M. Müller, 2. Kassirer; Buchert, Trabitsh und Schulze, Revisoren. Als Zeitungsbmann wurde Kohlschäfer wiedergewählt. Sodann berichtete Ebert von der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells. Die Weihnachtserverpflegung sei dahin geregelt, daß sämtlichen auf der Zentralherberge zureisenden Fremden vom Weihnachtabend bis 2. Feiertag Morgens freie Verpflegung und Nachtlage gewährt werden soll. Sodann wurde die Erhöhung der Beiträge von 2 auf 5 A pro Mitglied festgesetzt, so lange bis die Schulden getilgt seien. Der Vertreter der Tabakarbeiter machte ferner bekannt, daß am 20. Dezember im „Englischen Garten“ eine öffentliche Protestversammlung stattfand. An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Debatte.

**Mühlheim a. M.** Am 10. Dezember fand dahier eine gutbesuchte öffentliche Mitgliederversammlung statt. Bei Punkt 1 wurden folgende Kollegen zur Ortsverwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Jakob Meyer, als Kassirer Wj. Goh, zu Revisoren Kempf, Adler und Hildebrand. Dann wurde für Mitte Januar eine öffentliche Metallarbeiterversammlung projektiert. Punkt 2. Stellung zum Antrag auf Erhöhung der Beiträge, gab Anlaß zu lebhafter Diskussion. Folgende von Meyer vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige öffentliche Mitgliederversammlung ist entschieden gegen jede Erhöhung der Beiträge: 1) indem es jetzt schon schwer hält, bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der Metallarbeiter neue Mitglieder zu gewinnen; 2) würden wir namentlich die verheirateten Kollegen im Verbandsverleeren. Ebenso spricht sich die Versammlung gegen die Zahlung von Steuerbeiträgen aus, da dies mit dem Zweck der Organisation nichts zu thun hat.“ — Zu „Verschiedenes“ ermahnte Kollege Goh die Mitglieder, treu und fest an dem Verbände zu halten. Der Vorsitzende Meyer forderte alle Mitglieder zu stichtiger Agitation auf.

**Manheim.** Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 9. Dezember ihre außerordentlich gut besuchte Generalversammlung ab. Der Jahresbericht wurde vom Kassirer Jung mit anschließendem Kassierbericht erstattet. Aus demselben ist besonders hervorzuheben, daß die hiesige Filiale im vergangenen Jahre an Mitgliederzahl erfreulich zugenommen und auch die Kassierverhältnisse, trotzdem die Beiträge nicht stiegen wie sie sollten, sich erheblich gebessert haben. Beim zweiten Punkt, Neuwahl der Verwaltung, wurde Schneider zum 1. Bevollmächtigten wiedergewählt, zum 2. Eiermann, zum 1. Kassirer Adam Geth zum 2. Zahn, als Revisoren: Jung, Paul Weiß und Bahn. Auf Antrag von Jung wurde der Schriftführer aus der Mitte der Mitglieder statt aus den Revisoren gewählt. Die Verwaltungsstelle machte hierbei das erste Mal von dem Rechte Gebrauch, welches ihr in Folge ihrer Mitgliederzahl zusteht, einen zweiten Bevollmächtigten und zweiten Kassirer zu wählen. Hierauf regte Kollege Jung die Zeitungsbeilage an, da dieselbe in ihrer jetzigen Einführung verschiedene Mängel aufzuweisen habe. Es wurde im Verlauf der Debatte auch der Antrag gestellt, die Kolportage von einer oder zwei Personen besorgen zu lassen und zwar ähnlich der in Nürnberg bestehenden. Der Antrag wurde jedoch nach Schluß der Diskussion abgehört und ein anderer, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung zu setzen, angenommen. Der Vorsitzende ertheilte nunmehr dem Referenten Genossen Keil zu seinem Vortrag: „Die innere Politik Deutschlands und die Gewerkschaften“, das Wort. Referent ist der Ansicht, daß, wenn das projektirte Unsurgesetz angenommen würde, die politische Bewegung ganz zurückgedrängt werden könnte (? Red.) und die gewerkschaftliche jedenfalls arg mitgenommen würde. Jedoch müßten wir darauf sehen, unsere Mitgliederzahl zu erhöhen und die Mitglieder möglichst auszubilden, um dieselben zu thätigen Kämpfern zu erziehen. Daß sich der Reichstag schon mehrere Jahre mit Sozialgesetzgebung befaßt, sei lediglich das Produkt der aufstrebenden Arbeiterbewegung gewesen. Daß trotzdem nichts Wirkliches durch die Sozialgesetzgebung geschaffen sei, beweise eben, daß, wenn die Kapitalisten nichts thun wollen, die Regierung gar nichts thun kann. Redner läßt die Gewerbeordnung, die Krankenversicherung und das Alters- und Invaliditätsgesetz Revue passieren und kritisiert jedes einzelne auf seine Mängel. Er glaubt, daß die Regierung, wenn die bekannte Umsturzvorlage mit dem jetzigen Reichstage nicht durchzubringen sei, eine Neuwahl des Reichstags herbeizuführen entschlossen sei, nur so eine gefällige Majorität zu erhalten. Der

Referent bespricht noch das riesige Anwachsen der Arbeitslosen und die Verfolgung derselben und weist an einem Fall aus dem Ruheaufenthaltsorte (Korrekthaus) für arbeitslose Handwerkerproletarier, wie die Regierung für diese Opfer der anarcho-syndikalistischen Produktionsweise sorgt. Die Behandlung in dieser Zwangsarbeitsanstalt sei eine ganz zu hochgeschätzte und die Verpflegung stehe in keinem Verhältnis zu der Arbeitsleistung und genüge keinesfalls den Anforderungen eines Menschen. Auch die Prügelstrafe spiele eine große Rolle, was beweise die Behandlung einiger Frauen, welche sich durch die Nacht in der dort herrschenden Zuständen zu erlösen suchten. Sie seien mit je 80 Pfund behaftet worden auf den erblickten Körper und zum Schluss wurden die unglücklichsten Körpertheile mit äusseren Salben bestrichen, so daß dieselben mit eitrigen Geschwülsten bedeckt waren. Neben schlechtem Fein mit grobem Weisall aufgenommenen Porzellan mit einem warmen Appell an die Anwesenden, zu agitieren und zu kämpfen, damit die Mannheimer Verwaltungsstelle den Platz einnehme, der ihr den Verhältnissen nach gebühre. — Die Mitglieder werden auf den Beschluß vom 18. November aufmerksam gemacht, wonach die Versammlungen nunmehr Samstage stattfinden. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Christ. Schneider, Schlosser, Lit. Qu. 1, 15, 11.

**Schnitling bei Nürnberg.** Schon öfter wurde die Sektion der Kapsel-Fabrik wegen ihrer Humanität in der Öffentlichkeit gelobt, in welcher Art und Weise die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen behandelt werden. Es hat wohl ein Heil der Bevölkerung den Glauben, als wären die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf Kosten geklebt; denn der Herr Fabrikant Dr. Koch nebst seinem Herrn Direktor Busch sind sehr christliche Männer, welche den Mantel der Nächstenliebe ständig um sich hängen. Aber wenn ein Arbeiter, um seine schlechte Lage zu verbessern, sich „erfrecht“, sich einer Organisation anzuschließen, der kommt bei einem so christlichen, vor Humanität nur so strotzenden Fabrikanten schon an. Denn „Wölfe“ unter seinen Schafen duldet er nicht. Als im vorigen Winter die Söhne um ein Bedeutendes reduziert wurden, haben sich circa 30 Mann veranlaßt, dem D. M. A. beizutreten. Im Laufe dieses Jahres wurde aber eine neue Maschine aufgestellt, natürlich wie immer zum Nachteil der dort beschäftigten Arbeiter. Dadurch nun, daß diese Maschine falsch konstruiert ist, haben die betreffenden Arbeiter einen Lohnentgang von 1,80. Früher hatte jeder Drücker eine Arbeiterin zum Anfrachen der Stapeln als Hilfe, was die Drücker jetzt selbst verrichten müssen. Das wurde in einer Versammlung der Mitglieder des Verbandes zur Sprache gebracht, was natürlich der lebenswürdige Fabrikant erfuhr. Eine Kommission, welche von Seite der Verwaltung Schnitling-Doos des Metallarbeiterverbandes entsendet wurde, um die vorhandenen Differenzen in Gütigkeit zu schlichten, wurde schroff zurückgewiesen und die betreffenden organisierten Arbeiter an die Luft gesetzt. Wenn aber geannter Humanitätsapostel glaubt, dadurch seine unedeln Sklaven einzuschüchtern, so irrt er sich mit samt seinem Direktor Busch ganz gewaltig. — Das Straßgericht in geannter Fabrik ist derart, daß es vorkommt, daß Mancher am Samstag noch Geld mit in die Fabrik zu bringen hätte. Die hohen Söhne, welche dort geholt werden, sind erschreckend. So wurde im Laufe des Jahres ein Teil der Arbeiter oft mit wenig oder gar nichts nach Hause geschickt. Wohin aber die Strafgerichte kommen, weiß Niemand. Aber nicht genug, daß Hr. Koch die Arbeiter in der Fabrik ausbeutet — er besitzt in Doos auch eine Miethskaserne, die seine Arbeiter beziehen müssen. Die Preise dieser Wohnungen sind bedeutend höher als bei anderer Wohnungen in Schnitling. Bei der Hans Sacherfeier mußten nun natürlich auch die Arbeiter geannter Fabrik feiern. Da erdreisten sich einige von den Bewohnern seiner Miethskaserne am Samstag zu der Bitte, ihnen den monatlichen Mietzins infolge des Lohnentganges auf zweimal abzugeben. Da kamen diese aber schon an. „Dies duldet der Herr Doktor nicht“, gab der Komptolirist zur Antwort. Deshalb bekam eine Arbeiterin 55 S heranz, die andere hatte noch 10 S Schulden, welche aber doch erst am nächsten Samstag in Abzug gebracht wurden. Und dies ist noch nicht Alles. Tagsüber folgte halb der Herr Doktor, halb der Herr Direktor in den Arbeitsräumen möglichst lebenswürdig sich gebend herum, sogar die verheirateten Männer mit „Bausubben“ traktierend. Die Ausdrücke gegen die Arbeiterinnen wollen wir nicht wiedergeben. Voriges Jahr kam es vor, daß Abends nachgearbeitet wurde; da weigerten sich einige Arbeiterinnen, dies zu thun. Die eine hatte ein krankes Kind, die andere einen kranken Mann zu Hause. Die Folge davon war, daß jede um 1 M gestraft wurde. Damit hatte der christliche Mann das „Verbrechen“ gesündigt. Als jüngst die Mitglieder des D. M. A. aus dieser humanen Fabrik gejagt wurden, erklärte der menschliche

fremdbliche Mann: Er strafe jetzt nicht mehr. Dies dauerte aber nicht ganz 24 Stunden. Eine Arbeiterin bekam eine Arbeit zum Wigen, wofür ihr ein Mordlohn von 45 S, sage fünf und vierzig Pfennige, gestellt wurde. „Doch mit dem Geschick der Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen.“ Als die Arbeit abgeleitet wurde, war sie nicht sauber genug und das Mädchen hatte wieder 50 S Strafe zu zahlen. — Ihr Arbeiter von Schnitling und Umgebung! Ihr seht, wie ihr ausgebeutet und behandelt werdet, könnt Ihr dies noch länger ertragen? Macht auf aus Eurer Leiharge und trete alle dem Metallarbeiterverbände bei. Nur wenn Ihr dies thut, ist es möglich, Eure mitleidige Lage zu verbessern.

**Selb.** Im April d. J. waren 5 ältere Kollegen der Metallbranche hier dafür thätig, eine Verwaltungsstelle des D. M. A. zu errichten, um die vielfältig, meistens von jüngeren Kollegen erhobenen Klagen über schlechte Behandlung und geringen Verdienst beheben zu können. Mit dem 1. Mai traten wir auch 27 Mann stark dem Verbande bei, was uns zu der Hoffnung, die übrigen Kollegen auch noch mit hineinbringen zu können, berechtigte. Aber leider war es ein frommer Wunsch. Wir hatten einen Schwarzröcher unter uns, der Alles dem Chef und Vorarbeiter zutrug und nach einem Monat wieder austrat. Derselbe brachte es so weit, daß wir während zwei Monaten unseres Bestehens um 10 Mann schwächer wurden, und meistens waren es wieder junge Kollegen, die austraten, obwohl diese es doch am notwendigsten hätten, einer Organisation anzugehören. Unseren Muth ließen wir aber deshalb nicht sinken, wir hielten fest an unserer Organisation. Den jüngeren Kollegen möchten wir noch an's Herz legen, die Versammlungen besser zu besuchen, mehr Kameradschaft zu pflegen und auf solche Heber nicht zu hören. Nur dann können wir das Ziel, das wir uns gesteckt haben, erreichen. Nur Einigkeit und Brudersinn führen uns zum Ziele.

**Schwerin.** In der am 15. Dezember stattgefundenen Generalversammlung wurden in die neue Ortsverwaltung gewählt: M. Schulze, Bevollmächtigter, F. Klinge, Kassierer, W. Buchert, H. Lohmann und J. Köster, Revisoren. — Nächste Mitglieder-Versammlung am 5. Januar, Abends halb 9 Uhr. — Alle Sendungen sind an M. Schulze, Klempner, Burgstr. 4, 1 zu richten.

**Thale.** Das Eisenhüttenwerk Thale hat den Geschäftsbericht für 1893/94 herausgegeben. Derselbe sagt sehr über die ungünstige Lage des Marktes, welche hauptsächlich durch die Schleuderkonkurrenz der in Westdeutschland liegenden Werke eingetreten sei. Diese Schleuderkonkurrenz, dieses Unterbieten zu beispiellos billigen Preisen, das den Zweck hat, die westdeutschen Werke zu heben und die mitteldeutschen und schlesischen Werke zu ruinieren, ist ein Kind der wahnwitzigen anarcho-syndikalistischen Produktionsweise der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Die Gesellschaft hat sich vergeblich bemüht, die Nachwirkung der unglücklichen geschäftlichen Verhältnisse auf das Gewinnergebnis durch Verringerung der Selbstkosten genügend auszugleichen. d. h. den Arbeitern so viel abzunehmen, daß sie trotz der Schleuderkonkurrenz den Aktionären den ohne Arbeit eingehelmten Gewinn in aller Höhe präsentieren konnte. Trotzdem war der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben 562,946 M. statt wie 1892/93 625,918 M. Die Baar-einnahmen sind zwar doch größer als bisher von 4,253,412 M. auf 4,422,720 M. gestiegen (also durch die bei den westdeutschen Werken beklagte Schleuderkonkurrenz), aber der Meingewinn beträgt nur 18,671 M. statt 81,103 M. Wir können behaupten, daß der ganze Meingewinn nur aus dem Ertrage der Lohnabzüge des vergangenen Jahres besteht und daß also der jüngsten Miessensabzüge am Lohne der Arbeiter gemacht worden sind, um auch für 1894/95 einen künstlichen Meingewinn zu sichern. — Der Meingewinn, also der den Arbeitern abgezogene Arbeitslohn wird wie folgt vertheilt: 5000 M. zum gesetzlichen Reservefonds — 1250 M. Lantienem, die für Direktoren zc. kontraktlich festgelegt sind (warum verzichten diese Herren nicht freiwillig, wo die Arbeiter gezwungen verzichten müssen?) — 7500 M. an 5 Prozent Dividende für die neuen Vorzugsaktien (die Besitzer dieser Papiere haben die Hände nicht gerührt und erhalten doch!) — 4291 M. Uebertrag auf das Geschäftsjahr 1894/95. — Die armen Aktionäre der Stammaktien und Stammprämienaktien, die im vorigen Jahre 48,000 M. erhielten, profitierten diesmal nicht. Sie werden auch so ausfallen können, denn Proletarier sind nicht dabei. — Die ganze Regierung beweist den Segen des kapitalistischen Betriebes! Es sei ferne von uns zu behaupten, daß die Gesellschaft hätte anders wirtschaften können, sie hat das gethan, was jeder Großkapitalist in gleicher Lage thut, aber sehr lehrreich ist die Geschichte und wer daraus zu lernen versteht, lernt begreifen, daß eine Gesellschaftsordnung, in der so gewirtschaftet wird, ja gewirth-

schaftet werden muß, der Mehrheit des Volkes schädlich ist.

**Willingen.** In der am 16. Dezember abgehaltenen Generalversammlung bildete der Beschluß der Würzberger Kollegen betr. Erhöhung der Beiträge den Hauptgegenstand. Kollege Jung stellte den Antrag: dem Beschluß der Würzberger Kollegen zuzustimmen, Inlyste aber daran folgende Bedingungen: 1. Für verheiratete Mitglieder sei unverschuldeter Arbeitslosigkeit für die Dauer von 6 Wochen eine Unterstützung zu gewähren im Betrage von 5 M. pro Woche. 2. Für reisende Mitglieder die Unterstützung auf einer Reise von 20 auf 80 M zu erhöhen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dagegen fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „In Erwägung, daß durch jede Erhöhung der Beiträge eher eine Schädigung des Verbandes als ein Vortheil eintreten würde, indem durch die Erhöhung viele Mitglieder dem Verbande den Rücken kehren und es in weniger industriereichen Gegenden, wie z. B. auf dem Schwarzwalde, es sehr schwer sein würde, die jungen Organisationsam Leben zu erhalten, noch solche zu gründen, erklärt sich die Generalversammlung gegen jede Erhöhung der Beiträge und stellt an die Würzberger Kollegen das Ersuchen, ihren Antrag im Interesse des Verbandes zurückzugeben.“ Bei der Wahl der Ortsverwaltung erklärte unser selbsterbevollmächtigter Kollege Weid, eine Wiederwahl nicht mehr annehmen zu können und erklärte gleichzeitig seinen Austritt aus dem Verband. Es wurde sodann an seine Stelle gewählt: Georg Weidemann, Gerberstr. 228, als Kassierer, Christ. Maier, und als Revisoren: Gier, Wiedel und Deugler; für Schwennungen: Hermann Hau, Kronenstr. 19, als Vertrauensmann der dortigen Einzelmitglieder. Alle Sendungen sind an unseren Bevollmächtigten Georg Weidemann, Gerberstr. 228, zu adressieren.

**Wandow.** Am 12. Dezember fand die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Wandow statt. Kollege Kaufmann erstattete Bericht von der Konferenz in Neuenmünster. Alsdann verlas der Kassierer Kohle die Abrechnung vom Vergnügen. Es ergab sich ein Ueberschuß von 77,95. Kollege Kohle erstattete ferner den Bericht der Verwaltung. Es folgte hierauf eine Diskussion über einen anonymen Brief betr. des Kollegen Kaufmann. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurde Meißner als Bevollmächtigter, Schneider als Stellvertreter, Kohle als Kassierer und Wieg und Schunorth als Revisoren gewählt. Desgleichen wurden die Kollegen Kaufmann und Kohle als Stellvertreter, Kaufmann, Schulz und Schunorth in die Agitationskommission gewählt. Bei „Verschiedenes“ wurde der Antrag des Kollegen Kohle, den Ueberschuß vom Vergnügen nicht den unmittelbaren Verbandsgliedern einzuberleihen, angenommen. Desgleichen der Antrag Meißner, den zum Militär eingezogenen Mitgliedern 3 zu Weihnachten zu schicken.

**Weinheim.** In der Mitglieder-Versammlung vom 3. Dezember wurde beschlossen, an die Generalversammlung folgenden Antrag einzubringen: „Die Verwaltungsstelle Weinheim beauftragt, die Beiträge für männliche Mitglieder auf 20 S und für weibliche Mitglieder auf 10 S zu erhöhen. Die Extramarke sind bis auf Weiteres bestehen zu lassen. Die dadurch erzielte Mehreinnahme soll zur Unterstützung von verheirateten Arbeitslosen am Orte verwendet werden.“ Ferner kam noch die von der Verwaltungsstelle Durlach in ihrer Versammlung vom 8. November gefaßte Resolution (s. Nr. 48 d. „D. M. A.-Ztg.“), zur Sprache. Die von den Durlacher Kollegen verlangte Reinwaschung wurde dem Hauptvorstand überlassen. Weiteres möchten wir noch die Durlacher aufmerksam machen, die „Metall-Arbeiter-Zeitung“ besser durchzusetzen, besonders aber Nr. 9 d. Z., aber nicht die in ihrer Nähe gelegenen Verwaltungsstellen gegen die Weinheimer aufzuheben. Besondere Bewunderung erregten die in letzter Zeit abgehaltenen Bezirkskonferenzen für Westfalen und für Mecklenburg. Für Baden hat der Vorstand zur Abhaltung einer Landeskonferenz seine Zustimmung nicht erteilt. Nachträglich werden in verschiedenen Gegenden Konferenzen abgehalten. Wenn diese Konferenzen mit Zustimmung des Verbands-Vorstandes tags, so sind die Weinheimer gezwungen, dem Vorstand den Vorwurf der Parteilichkeit zu machen.

**Zaunenburg (Elbe).** Am 9. Dezember hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung, welche leider nur schwach besucht war, ab. Nachdem die Beiträge entrichtet und neue Mitglieder sich nicht hatten aufnehmen lassen, hielten die Kollegen Nohrwerder und Petruschke je einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Gewerbergerichte. Als Bevollmächtigter wurde O. Nohrwerder, als Kassierer M. Lange und als Revisoren G. Müller, E. Vogelmann und P. Appelt gewählt. Im „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, den reisenden Kollegen während der Wintermonate wieder 20 S Sozialgespende zu geben, was auch an-

genommen wurde. Ferner wurde beschlossen, im Laufe des nächsten Monats eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung stattfinden zu lassen, zu welcher ein Referent bestellt werden soll. — Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden 2. Sonntag im Monat statt. — Mitglieder, welche noch restituieren, werden ersucht, ihre Beiträge möglichst noch vor dem 1. Januar zu entrichten. — Die Unterstützung wird bei dem Kollegen Stolte, Elbstr. 119, Mittags von 12—1 Uhr und Abends von halb 7—8 Uhr ausgezahlt.

**Schlösser u. Maschinenbauer.**

**Hamburg.** Mitglieder-Versammlung der Sektion der Schlosser, Dreher, Maschinenbauer und verwandten Berufsgenossen am 18. Dezember bei Meißner. Der erste Punkt, Vortrag, wurde leider wegen des ganz schlechten Wetters der Versammlung ausfallen, und wurde es seitens des Vorstandes scharf getabelt, daß die Mitglieder am diesigen Orte nicht mehr Interesse für ihre Gewerkschaft zeigen. Beim zweiten Punkt erstattet Heber Bericht vom Gewerkschaftskartell. Zum dritten Punkt erhält Heber abermals das Wort über den Boykott der Schuhwarenfabrik Taub u. Ko. in Hamburg, Steinstraße. Er schildert den Zustand der Bürger Schuhfabriken, um dann auf die Firma Taub u. Ko. überzugehen und deren Verhalten ihren Arbeitern gegenüber zu kritisieren, worauf schließlich der Boykott folgen mußte. Er erwähnt alle Mitglieder, den Boykott hoch zu halten und auf keinen Fall Schuhwaren aus diesem Geschäft zu beziehen; doch damit sei es noch nicht genug, Jeder müsse in allen Kreisen dahin wirken, daß der Boykott schließlich die Firma zwingt, ihren Laden zu schließen. Bei Punkt 4, Sommervergütungen, theilt Brand mit, daß, wie wir wohl Alle schon wissen, die Klempner ein Sommervergütungen nach Hamburg nächsten Jahres im Juni beschlossen haben und erklärten sich auf die Anfrage bereit, das Fest auch in Gemeinshaft mit den übrigen Sektionen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu unternehmen. Meißner bekräftigt dies und stellt schließlich den Antrag, daß auch unsere Sektion sich daran beteilige. Der Antrag wird einstimmig angenommen und in das Protokoll eingetragen und Kraußmann gewählt. Zum Punkt 5, Güstrower Streit, verliest Brand einen Brief von dem Güstrower Streit-Komitee, in welchem wir gebeten werden, Alles, was in unseren Kräften steht, zu thun, um die Noth der noch ausgebeuteten Familienkrieger etwas zu lindern, und es geht schließlich noch eine Sammelliste herum, auf der sich ziemlich Jeder einzeichnet. Zu Punkt 6 erstattet abermals Brand Bericht von der örtlichen Verwaltung und folgt hierauf Schluß der Versammlung.

**Nürnberg.** Sektion der Schlosser und Maschinenbauer. Am 15. Dezember fand die alljährliche Generalversammlung statt. Die Neuwahl ergab das Resultat, daß Kollege K. als Revisorin mit in die Verwaltung gewählt wurde. Im „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß die Stimmabgabe für die Errichtung einer Ortskrankenkasse eine ungenügende war. In der Diskussion darüber wurden auch die Fabrikkrankkassen einer Kritik unterzogen, was dazu führte, sie für die Arbeits- und Existenzverhältnisse des Arbeiters als sehr schädlich kennen zu lernen. Ferner wurde auch der wackeren Kämpfer in Güstrow gedacht; das Resultat war ein sehr befriedigendes. Um 12 Uhr erfolgte dann der Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung. Am Sonntag, den 16. Dezember, fand in dem gleichen Lokale ein Familienabend statt. Der Verlauf desselben hat gezeigt, daß die Organisation noch sehr wohl im Gange ist, ihren Angehörigen in den freien Stunden durch würdige Unterhaltung das alltägliche Glend vergessen zu machen. Dies beherzigt Kollegen allerorts, es ist verfehlt, die Kräfte nach verschiedenen Richtungen zu zerplittern und ein einheitliches Gange zu vereiteln. Es wurde wiederum der Güstrower Kollegen gedacht, und das Ergebnis zeigte, daß den Anwesenden das Wort Solidarität kein leerer Schall. Darum auf, Genossen, schließe dich ein Jeder seiner Organisation an, fühle sich ein Jeder dazu berufen, „ein Stilk davon“ in des Wortes ehrlichster Bedeutung an dem großen Werke der Arbeiterbewegung zu bilden. Sind wir uns über diese Nothwendigkeit klar, daß wir zusammenzutreten haben in Freud und Leid, so mag sich die Zukunft in noch so düsterer Gestalt zeigen, der schwärzesten Reaktion wegen werden wir nicht um das Beste von unserem hohen Ziele. Der Wahrheit und dem Rechte der Sieg! Und als würdiger Schluß seien auch die Worte des Dichters in's Gedächtniß gerufen: „Zammer strebe zum Ganzen, und fannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

**Fellenhauer.**

**Hamburg-Altona.** Sektion der Fellenhauer. In letzterer Zeit ist das Umfröhen in Hamburg-Altona gerade zur Unfröhe geworden, trotzdem die zugereisten Kollegen zu

wiederholten Malen darauf aufmerksam gemacht wurden. Die Kollegen entschuldigten sich stets damit, es nicht gewußt zu haben, ja es ist vorgekommen, daß ein Kollege umschaute, welcher vor einem Jahre hier in Arbeit gestanden und Vorstandsmitglied der Sektion war; derselbe hat dem Vorhalt des Kassiers gegenüber, ob er nicht wüßte, daß das Umthun genau der Natur wäre, erklärt, ihm sei dazu nichts gesagt worden. Es ist traurig, daß gerade von Verbandskollegen am meisten darin gesehnt wird. Wir machen hiermit nochmals bekannt, daß das Umthun für Hamburg-Altona und Umgegend verboten ist und werden zum Widerspruch unnachlässiglich im Verbandsorgan bekannt gemacht. Ausreden der Kollegen: „Wir haben es nicht gewußt“, werden wir in Zukunft nicht mehr gelten lassen. — Herberge und Auszahlung der Reiseunterstützung ist: Hamburg, Großer Neumarkt 88.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung.

In der vorletzten Woche gelangte ein Zirkular an die Verwaltungsstellen, Vertrauensmänner und Bevollmächtigten zwecks Feststellung der Stärke, in der die Mitglieder sich auf die einzelnen Berufe vertheilen, zum Versandt, und ersuchen wir diejenigen, die das Zirkular bis jetzt noch nicht erhalten haben, umgehend zu reklamieren.

Wir ersuchen sodann die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten in Sachsen etc., der Jahres-Hauptrechnung wegen ihre Abrechnung vom letzten Quartal 1894 möglichst früh einzusenden, damit die Veröffentlichung der Hauptabrechnung der im nächsten Jahre stattfindenden Generalversammlung wegen schon im 1. Quartal Generalversammlt werden kann. Ebenso bitten wir, alle Gelder, die noch in diesem Jahre als eingezahlt berechnet werden sollen, spätestens am 29. Dezember ds. Jrs. auf die Post zu geben, damit sie am Jahresabschluss spätestens in Händen des Hauptkassiers sind.

Da jetzt wieder die Neuwahlen für die Ortsverwaltungen stattfinden (§ 14 Abs. 2 des Statuts), bitten wir, uns die Adressen der Neugewählten so zeitig mitzutheilen, daß wir sie noch in das Adressenverzeichnis pro Januar 1895 aufnehmen können. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß die neu gewählte Ortsverwaltung erst am 1. Januar 1895 in Funktion tritt und daß die Abrechnung der Abrechnung für das IV. Quartal 1894 noch Sache der bisherigen Ortsverwaltung ist.

Bis zum 24. Dezember hatten nachstehende Verwaltungen, Vertrauensmänner resp. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 2. Quartal nicht eingesandt und ergeht an diese unter Hinweis auf § 14 Abs. 6 des Statuts das Ersuchen, dies umgehend zu thun.

1. Verwaltungsstellen:
    - Brühl b. Köln a. Rh., Essen (Sektion der Kleinpne), Hersfeld, Rast, Fahr, Sommerfeld, Sorau N.-L.
  2. Vertrauensmänner:
    - Lägerdorf, Trier.
  3. Bevollmächtigte:
    - Hohenstein-Ernstthal, Leipzig-Süd.
- Abrechnungen des 3. Quartals stehen trotz wiederholter Mahnung noch aus:
1. Verwaltungsstellen:
    - Misfeld an der Weine, Bayreuth, Wierber bei Offenbach, Bromberg, Bühl, Gamen i. W., Derendorf b. Düsseldorf, Erfurt, Erlangen, Essen, allgem. u. Kleinpne, Glückstadt, Hagen, Hannover (Schmiede), Haynau, Helmsedt, Hersfeld, Rast, Fahr, Bineburg, Mühlheim a. Ruhr, Münster i. W., Nürnberg (Mechaniker), Posen, Remscheid, Siegen, Sommerfeld, Sorau N.-L., Speyer, Sulz, Schleußig, Schnigling-Doos, Thörn, Weizen.
  2. Vertrauensmänner:
    - Altwasser, Bernburg, Lägerdorf, Muskau und Umgegend, Neuwied a. Rh., Sarstedt, Trier.
  3. Bevollmächtigte:
    - Aue i. S., Hohenstein-Ernstthal, Leipzig (Süd), Neumark i. Bgt., Zwickau.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr. 41963 des Schlossers Karl Willmer, geb. zu Herlohn am 16. Juni 1876. 75192 des Formers Karl Straub, geb. zu Bönkenwalde am 4. Januar 1873. 77775 des Schlossers Gustav Bannert, geb. zu Baugen am 18. Febr. 1875. 82147 des Schmiedes Jürgen Hansen, geb. zu Odense (Dänemark) am 3. Dezbr. 1868.

des Schlossers Joh. Wabler, geb. zu Nienhdt am 15. März 1849, eingetr. angeblich in Cassel am 18. Okt. 1894. des Schmiedes Michael Kowalowski, geb. zu Schelendowa, am 12. September 1875. Im Anschluß hieran machen wir bekannt, daß es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen

ist, daß für verlorene Mitgliedsbücher Ersatz verlangt worden ist und diese, nachdem sie ausgestellt und an Ort und Stelle gesandt waren, von den Westlern nicht abgeholt wurden. Ebenso werden mitunter Ersatzmitgliedsbücher bestellt, ohne daß genügende Angaben, die eine Kontrolle ermöglichen, gemacht werden. Wir machen daher an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam, daß wir nur dann Ersatzmitgliedsbücher ausstellen, wenn die genauen Personalien, die Hauptnummer des Mitgliedsbuches, der Tag und Ort des Beitritts, die letzte Verwaltungsstelle, an die der Buchhalter seine Beiträge entrichtet, sowie die im letzten Jahre zwecks Erhebung des Mitgliedsbuches besuchten Orte angegeben werden. Anstatt dieser letzteren Angaben können auch von den in Frage kommenden Ortsverwaltungen beglaubigte Angaben über die Einkünfte des auf einer Tour erhobenen Mitgliedsbuches, sowie die Anfangs- und Enddaten und Orte einer jeden Tour eingesandt werden und sind allen diesen Angaben 20 M für das Ersatzbuch und 20 M für Porto von vorher ein beizulegen.

Der Bevollmächtigte von Hildesheim, O. Ehlmeide, hat Hildesheim verlassen, ohne mit der Ortsverwaltung abzuzählen und ist derselbe, sofern er sich irgendwo zeigt oder vorstellt, festzunehmen zu lassen; auch ist sofort nach hier oder Hildesheim an den Kassier zu berichten.

Sodann machen wir auf das sogenannte „Schmalmachen“ aufmerksam, weil es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß Nichtmitglieder bei den Mitgliedsbüchern anderer in den Arbeitsverhältnissen stehen gehen und so den Schein zu erwecken suchen, als gehörten sie einer Organisation an. Wir ersuchen bei Prüfung der als Legitimierten von den „Schmalmachern“ vorgewiesenen Mitgliedsbücher darauf zu achten, ob dasselbe Buch nicht mehrmals durch verschiedene Personen vorgelegt wird und vorkommenden Falls das Buch abzunehmen und mit einer entsprechenden Mitteilung an uns einzusenden, den Vorgeleger aber auf den Beschwerdeweg an den Vorstand zu verweisen.

Bei dieser Gelegenheit warnen wir vor der Aufnahme des Spünglers Peter Seiferth, geb. zu Nulmbach am 16. Okt. 1876, der sein Mitgliedsbuch einem Nichtorganisirten zum „Schmalmachen“ geliehen hat.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Holz- und Metallarbeiter von Gütrow (Mecklenburgische Waggonfabrik), Metallarbeiter von Nürnberg (Schöbner, Metallwarenfabrik), Schnigling-Doos, Metallfächer von Nürnberg (Mitteln), Formner von Avo a. d. Mosel, Ansbach, Offenbach a. M. (Wily, Fredenagen & Co.), Preher von Heidelberg (Mollitor & Co.)

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Neuhartstraße 160, I, zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld übermiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlöse für Extramarke, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionenmarke ist. Mit kollegialm Gruß Der Vorstand.

### Allgemeine Franko- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Bodenheim. Am 2. Dezember hielt die hiesige Filiale eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Innere Angelegenheiten. 3. § 10 Abs. 6 der Statuten. 4. Neuwahl des Bevollmächtigten. 5. Verschiedenes. Beim ersten Punkt erstattete der Kassier Genosse Weisig Bericht über die letzten 6 Monate, es wurde ihm auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt wurde das Vorgehen des Hauptvorstandes und der Revisionskommission in Sachen Steigerwald von sämtlichen Nebenern auf's Entschiedenste verurtheilt. Das betreffende Mitglied reichte Berufung gegen seinen Vorstandsbeschuß bei der Revisionskommission rechtzeitig ein. Beide Kommissionen behaupten jedoch, es wäre die solche nicht eingereicht worden, was jedoch Schriftstücke (von der Revisionskommission, welche in Hamburg am Amtsgericht liegen, widerlegen, ebenso konstatirt der Delegirte der 16. Wahlabtheilung von der Aschaffenburg Generalversammlung, daß der Vorstehende der Revisionskommission, Herr Schauer, ihm persönlich mittheilte, daß am 7. Mai die Berufung in seine Hände gelangt sei. Eine dazugehörige Beschwerde,

welche die hiesige gesammte Ortsverwaltung an den Ausschuss eingereicht, wurde von der Versammlung für gut geachtet. Beim 3. Punkt: § 10 Abs. 6, entspringt sich eine ziemlich lebhafte Debatte, in welcher sämtliche Nebenr das schroffe Vorgehen des Hauptvorstandes verurtheilen und glauben, daß diejenigen Delegirten, welche für den Befehltrag des Hauptvorstandes stimmten, sich der Tragweite desselben nicht bewußt waren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige in Bodenheim stattfindende Mitgliederversammlung protestirt aufs Entschiedenste gegen die rigorose Handhabung des § 10 Abs. 6 seitens des Hauptvorstandes, indem derselbe auf Frankheiten von 1887 zurückgreift und eine etwaig neu eintretende Krankheit mit solchen vor 7 Jahren als identisch bezeichnet. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß sich die Delegirten der letzten Generalversammlung, welche für den Befehltrag stimmten, dahin aussprechen, ob sie mit der heutigen Handhabung des genannten Paragraphen einverstanden sind oder ob sie diese ebenfalls für zu schroff bezeichnen müssen. Außerdem fordern wir die Mitglieder sämmtlicher Filialen auf, zu diesem Paragraphen Stellung zu nehmen, um eventuell eine neue Generalversammlung beantragen zu können; ferner protestiren wir noch ganz energisch dagegen, daß ein vom Vertrauensarzt der Filiale eingesandtes Attest vom Hauptvorstand einfach als ungültig erklärt wird. Letzte Sag verlangten noch einige Nebenr ausdrücklich, weil der Hauptvorstand ein von hier eingesandtes ärztliches Attest, welches eine Fortsetzung der über 2 Jahre unterbrochenen Fortsetzung nicht anerkannte, nicht als ausschlaggebend betrachtete und die Krankheit eigenmächtig als Fortsetzung erklärte. Beim 4. Punkt: Neuwahl des Bevollmächtigten, legte der bisherige langjährige Bevollmächtigte seine Gründe der Amtübertragung dar. Vom Hauptvorstand auf's Schärffste angegriffen, wäre es ihm nicht möglich, dieses Amt noch weiter zu belassen, indem ersterer ihn für die Mehrausgabe von 1700 M vom vorigen Jahre wegen seines „laxen Verhaltens“ verantwortlich mache. Die Versammlung verurtheilt sich, Vorschläge für einen neuen Bevollmächtigten zu machen. Durch dieses vertrauensbezeugende Vorgehen der Versammlung sieht sich schließlich derselbe trotz langer Weigerung moralisch gezwungen, dieses Amt weiter zu behalten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige Versammlung spricht ihre entschiedene Mißbilligung über das schroffe Vorgehen des Hauptvorstandes aus, und weist die Anschuldbung, daß der hiesige Bevollmächtigte zu der Mehrausgabe von 1700 M im vorigen Jahre durch sein „laxes Verhalten“ beigetragen habe, ganz entschieden zurück, und beauftragt die heutige gut besuchte Versammlung die derzeitige Ortsverwaltung, über das Verhalten des Hauptvorstandes beim Anschluß der Beschwerde einzurathen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde einem auf Grund des § 10 Abs. 6 ausgesteuerten Mitglied 30 M aus der Kasse teilweise bewilligt, welche Betreffende nur dann zurückzahlen hat, wenn die Revisionskommission den Vorstandesbeschuß für ungültig erklärt.

Derendorf. Am 1. Dezember fand in dem Lokal der Filiale Düsseldorf eine Wanderversammlung des 25. und 26. Wahlkreises statt. Es fehlten die Filialen Bernau, Hilden, Nienhdt, Werken, Gredenbroich, Flingern, Grafenberg, Gerreshelm, Rath, Kattigen, Unterbach und Herdt. Auf Antrag des Genossen Meßen wurde beschlossen, das Protokoll der Versammlung jedes Mal in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Darauf wurde eine Einladung der Berliner Mitglieder aus der „Met.-Arb.-Ztg.“ bekräftigt, welche besagte, daß der Vorstand manchmal den § 10 des Statuts sehr rigoros anwende. Vom Genossen Kaiser wurde betont, daß schon die letzte Wanderversammlung unseres Wahlkreises in München-Gladbach sich über die sonderbare Auslegung des § 10 des Statuts seitens des Vorstandes beschwert habe. Müller und Reichert erklärten den § 10 dahin, daß es sich nicht um Krankheiten überhaupt, sondern lediglich um ein und dieselbe Krankheit in dem Zeitraum von zwei Jahren handelt. Nachdem noch mehrere Nebenr dafür und dagegen gesprochen, stellte Müller-Oberbill den Antrag, folgende Resolution anzunehmen: Die 25. und 26. Wahlabtheilung schließt sich voll und ganz der Ansicht der Berliner Kollegen an, und erklärt sich mit der Art, wie der Vorstand den § 10 Abs. 6 handhabt, nicht einverstanden. Dieser Antrag wurde angenommen.

A u f r u f an die Metallarbeiter des Niederrheinischen Bezirks. Nachdem die Mitglieder der Deutschen Metallarbeiter-Verbands der Verwaltungsstelle Düsseldorf von den Kollegen der um-

liegenden Verwaltungsstellen aufgefordert wurden, die Zeitung und Aussicht der Organisation für unsere Organisation im oben genannten Bezirk zu übernehmen, wurden die Unterzeichneten mit derselben betraut.

Wir fordern nun die Kollegen des Niederrheinischen Bezirkes hiermit auf, nunmehr die Kommission thätig zu unterstützen, damit die Entfaltung unserer Organisation der größten Zahl der in unserem Bezirk beschäftigten Metallarbeiter entspricht.

Bezugnehmend auf Obiges, fordern wir diejenigen Verwaltungsstellen, welche sich unserem Tätigkeitskreis anschließen wollen, auf, an die untenstehende Adresse einen kurzen Situationsbericht und die Namen derjenigen, welche sich als Interferenten betheiligen wollen, umgehend einzusenden.

Kollegen! Der erste Schritt ist nunmehr gethan, an Euch ist es, zu beweisen, daß es Euch ernst ist um unsere Sache. Sorgt, daß auch wir uns endlich ebenbürtig an die Seite der übrigen Bezirke Deutschlands stellen können und dem Indifferentismus sowohl wie dem sich mehr und mehr entwickelnden Protektivismus erfolgreich entgegenzutreten können. Alle Mann an's Werk! Zum eignen Ruh, dem Gegner zum Triumph!

Düsseldorf, im Dezember 1894. Mit kollegialm Gruß W. Gotthusen, Wily, Freiwinkel, Vertrauensmann, Stellvertreter, Wandelfstraße 23. Bölnstraße 152.

### Abrechnung

#### von Unterstützungsfond der Allgem. Arbeiter-u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Einnahme Kassenbestand vom 20. April 1894: M 1753,17. Fanny-Oberbill M 3. Kumpff-Halten 350. Schildgen-Röhl 10. Jänke-Verlhu V 21. Appell-Hensburg 5. Zink-Rast 11. Köppl-Mannheim 100. Wendtschlag-Berlin III 15,05. Schmidt-Halle a. S. 20. Von Ausschussmitgliedern 9,91. Wolfenbüttler Reisebericht 0,40. S. 1,70. Ca. M 1953,78.

Ausgabe: Schulte-Hagen M 30. Könneder Braunschweig 20. Formanowski-Sudenburg 20. Meißel-Berlin IX 25. Friedrich-Nel 25. Thienfels-Berlin IX 25. Goldbr-Siel 25. Groß-Kassel 25. Simon-Budan 20. Barb-Oberbill 25. Graf-Schiedge 25. Defeber-Tempelhof 12,40. Heibich-Kell 25. Group-Lentzendorf 30. Neumann-Farburg 20. Wängel-Gilpe 30. Wittne-Schanp-Annen 20. Porto 4,40. Ca. 451,80.

Bilance: Einnahme M 1953,78. Ausgabe „ 451,80. Kassenbestand M 1501,98. Braunschweig, den 16. Dezember 1894. Chr. Ostermann, Weststr. 5.

### Gerichts-Zeitung.

Wegen Vergehens gegen die §§ 20 u. 21 des Preßgesetzes und die §§ 185, 186, 200 und 73 des N.-St.-G.-B. hatte sich am Freitag, den 7. Dezember, der Revokateur der „Holzarbeiter-Zeitung“ vor dem Hamburger Schöffengericht zu verantworten. Direktor der Mecklenburgischen Waggonfabrik, Frank e. Anlah zur Anstrengung der Klage boten ihm einige Sätze aus einer Korrespondenz in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Es war darin gesagt, daß am 21. Juli, eine Stunde vor Pelerabend, dem Kaiser M., sowie den beiden Stellmachern K. und St. mit dem Vermerken gekündigt worden sei, daß sie mit Pelerabend entlassen seien. Auf die Frage, weshalb die Entlassung erfolgte, wurde ihnen geantwortet: „Wegen Mangels an Arbeit“. Dies war in der „S.-W.-Ztg.“ als eine Unwahrheit bezeichnet, weil man nicht den Rath habe, mit der Wahrheit herauszukommen! Dann war bemerkt: „Wie weit das Schwarzgerthum hier getrieben, davon könne sich kein ehrlicher Arbeiter einen Begriff machen; hier sei im wahren Sinne des Wortes „Euer des Anderen Teufel“; die ganze Gesellschaft sei korrumpirt, vom einfachsten Arbeiter bis hinauf zum Direktor.“

Auf einen Vergleich wollten sich beide Parteien nicht einlassen, Franke, der zugunsten war, deshalb nicht, weil er dann ja zugabe, daß er und die Zustände in der Fabrik korrumpirt seien und zum Zweiten würde er innerhalb einer Woche einen neuen Streit haben. Wenn der Angeklagte den Inhalt des Artikels widerriefe, dann sei er zum Vergleich bereit. Hierzu lag seitens des Angeklagten um so weniger Veranlassung vor, als es ihm gerade, und zwar in der Hauptrolle in der Fabrik zu beweisen, was ihm selber nach einer Erklärung des Richters unmöglich wurde, und zwar insofern, als durch die Aussagen der drei kommissariats in Gütrow vernommenen Zeugen, wenn selbst mehr oder minder daß in den Flugblättern behauptete bewiesen würde, doch kein Vergebrechen direkt behaupten könne, daß Direktor Franke von den Unregelmäßigkeiten und sogenannten

Buchuntersuchen gewahrt, oder dieselben gebilligt habe. Der Angeklagte beruft sich auf die Mittheilung von Arbeitseigenen der drei entlassenen Arbeiter, die dahin gingen, daß keineswegs Arbeitsmangel der Grund der Entlassung gewesen sei, sondern daß dieselbe mehr der Vorarbeiter Mühl dieselbe veranlaßt habe, weil einer der betreffenden Arbeiter an den Direktor Franke über ihn einen anonymen Brief geschrieben habe, die Entlassung also auf einen Machteil zurückzuführen sei. Mangel an Arbeit könne nicht vorhanden gewesen sein, weil zu der Zeit 20 Eisenbahnwagen für die Köln-Lindenerheine Bahn bestellt gewesen und heute noch nicht abgeliefert seien. Einer der Arbeiter sei, wie Angeklagter glaube, entlassen worden, um einem Verwandten des Werkmeysters Kraut Platz zu machen. Denn dieser Verwandte, der erst seit acht Tagen in der Fabrik gearbeitet, sei gleich an dessen Stelle getreten. Der Zeuge, Werkmeister Kraut, erklärt, daß die Leute allerdings wegen Arbeitsmangel entlassen worden seien und keine anderen Gründe, wie: Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei oder zum Verbanne mitgespielt hätten, zu den 20 Wagen wäre kein Material vorhanden gewesen. Des anonymen Briefes erinnert er sich nicht mehr, er weiß auch nicht, daß er darüber mit Jemandem gesprochen habe, ein Verwandter von ihm sei dort nicht beschäftigt gewesen. Nach langem Bestimmen — doch! Ein Schwager von ihm habe vor 14 Tagen angefangen — und der fragliche Verwandte von damals, erklärt der Zeuge auf Anfrage des Vertheidigers, Herrn Dr. Berthold, „ist kein Verwandter von mir“, „Gott bewahre“, „aber ein weitläufiger Verwandter von — meiner Frau.“

Ueber die Einstellung und Entlassung der Arbeiter habe nur er zu bestimmen, Franke kümmere sich nicht darum, allerdings habe ihm derselbe anheulgegeben, nur die faulen und ungehörigsten Arbeiter zu entlassen, auf die Zugehörigkeit zu einer Partei aber kein Gewicht zu legen. Franke gibt zu, daß er den fraglichen anonymen Brief erhalten, sich aber nach Untersuchung überzeugt habe, daß nichts von dem Behaupteten wahr, sondern solches nur Verleumdung sei. Bezüglich der Korruption beruft sich der Angeklagte auf den Inhalt der Flugblätter. In diesen sei klar und deutlich gesagt, wie die Arbeiter von den Vorarbeitern und sonstigen Angestellten um ihren rechtmäßig verdienten Lohn gebracht würden. Direktor Franke als auch seine Werkmeister hätten allerdings in den Zeitungen viel berichtet, aber die Thatsache, daß ein Schmarogerthum in der Fabrik existiere, was doch sicher auf korrupte Zustände schließen lasse, hätte man nicht hinweg „berichtigen“ können.

Die Behauptung des Zeugen Kraut, daß die drei entlassenen Arbeiter bei Eintritt des Arbeitsmangels um deswillen nicht berücksichtigt werden konnten, weil sie die trügsten Arbeiter gewesen, weist der Angeklagte als entsetzlichen ungläubig zurück. Die entlassenen Arbeiter seien ihm gegenüber als sehr tüchtige und fleißige Leute bezeichnet worden, worauf auch der Umstand schließen lasse, daß zwei derselben vor zwei Jahren von Königsberg gekommen und die ganze Zeit in der Waggonfabrik beschäftigt waren; es müsse merkwürdig berühren, daß der Zeuge Kraut erst nach zwei Jahren die Trügheit dieser Arbeiter bemerkt habe. Der Anwalt des Privatklägers stellt die Sache so dar, als ob der fragliche Artikel die Ursache zu dem Streik gewesen wäre, der so und so viele Familien unglücklich gemacht habe, die Verbände hätten durch einen Vertreter die Lage des Streiks in den letzten Tagen untersuchen lassen, und sei derselbe zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Streik zu Unrecht geführt, warum das Zentral-Streikkomitee die Untersuchungsabteilungen eingestellt habe. Ein Strafmaß wolle er nicht vorschlagen. Da der Angeklagte wegen der schweren Verleumdung bestraft werden müsse, stelle er dieselbe dem Gerichte anheim.

Dem Vertheidiger des Angeklagten, Herrn Dr. Berthold, war es leicht, die schiefen Auffassungen seines Gegners über den Streik und seine Berechtigung zu widerlegen. In treffender Weise wies er nach, daß der Streik nicht eine Folge jenes Artikels, sondern einzig und allein dem störrischen, eigenwilligen Charakter des Direktors Franke zuzuschreiben gewesen sei. Es wäre Pflicht des Direktors Franke, als Leiter eines so großen Establishments, das mehr als 300 Arbeiter beschäftige, gewesen, den ihm vorgebrachten Klagen und Beschwerden der Arbeiter Gehör zu schenken, um so mehr, als es sich im vorliegenden Falle gar nicht einmal um Lohnrückstände oder Arbeitszeitverkürzung handelte, sondern um Nemodur dahin, daß den Arbeitern nicht ihre rechtmäßig verdienten Löhne seitens ihrer nächsten Vorgesetzten, zu denen in erster Linie die Vorarbeiter gehörte, geführt würden. Er wolle dem Kläger keine Belehrung über Moral und Menschenpflicht geben, aber das

müsse er sagen, daß der Kläger es mit dem ihm anvertrauten Schutz der Interessen von 300 Arbeiterfamilien recht leicht genommen habe. Direktor Franke hätte sich sagen müssen, daß, wenn mehr als hundert Arbeiter sich durch eine Deputation über das Verhalten des Vorarbeiters Mühl beklagten, doch wohl etwas Wahres daran sein dürfte; anstatt die Angelegenheit im Sinne seiner Arbeiter zu prüfen, habe er ihnen aber im Vollgefühl seiner Uebermacht die Pistole auf die Brust gesetzt und den Austritt aus dem Verbanne verlangt. Das war ein Uebergriff schlimmster Art, Nedner geht hierauf ausführlich auf die auch unseren Lesern bekannten Versuche hochgestellter Personen in Göttröm, den Direktor Franke zum Einstehen zu bewegen, ein und konstatirt, daß in einem Establishment, dessen Leiter ein solcher Charakter sei, sich nothwendiger Weise Schmarogerthum einnisteln müsse.

Schon der Umstand, daß den Arbeitern nur ein Beschwerderecht bei Entlassungen an den Direktor zustand, sonst aber den Werkmeistern das Recht, nach Gutdünken Arbeiter zu entlassen, gegeben war, genüge vollständig, um in einem so großen Betriebe, wie in dem fraglichen, korrupte Zustände und ein unerbittliches Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen. Die Entrichtung solcher Machbefugnisse an die Werkmeister hätte nothwendig Ausbeutung und Willkür zur Folge gehabt, die zu Schlägern allerdings leider nicht in dem Maßstab dieses Prozesses liege. Den besten Beweis für die getadelten Willkürlichkeiten liefert uns der Zeuge Kraut, der einen Arbeiter entläßt, um einen Verwandten unterzubringen, derselbe Kraut, der während des Streiks eine hervorragende Rolle gespielt, d. h. um den sich zum Theil der ganze Streik drehte. Derselbe Mann, der die ganzen Vorgänge, die zum Streik führten, mitersieht, könne sich andererseits heute weder des anonymen Briefes erinnern, noch der Einstellung eines Verwandten — seiner Frau an Stelle eines von ihm hinausgeworfenen Arbeiters. Merkwürdig sei dies, er, der Vertheidiger, wolle aber annehmen, daß solche Vergeßlichkeit dem „stummen“ Gedächtnis des Zeugen zugeschrieben werden müsse, würde der Zeuge klipp und klar gesagt haben, so und so verhält es sich, dann würde er sicher mehr Vertrauen zu dessen Aussagen gehabt haben, als es jetzt der Fall sei. Nach seiner, des Vertheidigers, Auffassung trägt der Artikel die korrupten Zustände des Establishments, in dem der Privatkläger oberster Leiter ist, in zwar scharfer, aber zutreffender Form, eine persönliche Verleumdung der Direktors enthalte derselbe aber nicht, und aus diesem Grunde beantragte er kostenloser Freisprechung des Angeklagten.

Das Gericht erkennt nach längerer Berathung auf 100 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis. Es sei von dem Beklagten nicht nachgewiesen, daß die Entlassung von Arbeitern nicht aus Arbeitsmangel geschähe sei, deshalb sei der Vorwurf der Unwahrheit, der dem Direktor Franke gemacht würde, eine Verleumdung. Wenn weiter behauptet sei, der Direktor sei korrupt, so enthalte das den Vorwurf einer schlechten moralischen Haltung und eines unehrenhaften Charakters für den Privatkläger und seien als Verleumdungen ebenfalls zu bestrafen. Strafmildernd komme in Betracht, daß der Artikel nicht eigentlich gegen den Privatkläger direkt gerichtet sei, daß die Erregung bei dem Artikelschreiber berechtigter Weise groß gewesen sei, und daß der Privatbeklagte die aufgestellten Behauptungen jedenfalls für wahr gehalten habe.

**An die Metall - Arbeiter der Provinz Westfalen!**

Die vorgeschlagene Konferenz findet am 6. Januar, Morgens 11 Uhr, im Lokale von Fr. Gönnh, Körnerplatz 3, in Dortmund statt. Es ist Pflicht der Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Konferenz zahlreich besetzt wird. Anträge, die auf der Konferenz zur Berathung kommen sollen, wolle man bis zum 3. Januar an die untenstehende Adresse einsenden. Wer am Mittagessen Theil zu nehmen wünscht, möge sich beim Unterschriebenen anmelden.

Mit kollegialstem Genß  
H. Ficker, Heckenstraße 5a, Dortmund.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter Westfalens werden um Abdruck gebeten.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. D. W. Dieck's Verlag) ist soeben das 12. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Pohlenlohe's Anfänge. — Die Lausfrage auf den Kongressen der Internationale. Eine Reminiszenz. — Der dritte Band des „Kapital“ von Ed. Bernstein II. — Der Jahresbericht des englischen Arbeitsamtes. Von M. W.

— Die Landtagswahlen in Sachsen. Von Edmund Fischer (Dresden). — Litterarische Rundschau. — Notizen. — Feuilleton: Die Leute von Jungenshof. Ein Beitrag zur Volkskunde von Ludwig Scherl. (Fortf.).

**Vereins-Anzeigen.**  
**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

- Apolda.** Sonnabend, 29. Dez., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung im Restaurant „Vorwärts“. L.O.: Bericht der Ortsbeamten und Neuwahl derselben. — Mitglieder, welche schon längere Zeit Wäcker aus der Bibliothek geliehen haben, werden ersucht, selbige in der nächsten Versammlung abzugeben. — Desgleichen ersuchen wir diejenigen, die mit ihren Wochenbeiträgen noch im Rückstande sind, ihren Pflichten nachzukommen.
- Elberfeld.** Am 31. Dez., Abds. 7 Uhr, Sylinderkränzchen bei Oberode. — Nächste Versammlung am Samstag, 12. Januar.
- Esslingen.** Sonntag, 30. Dez., Nachm. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Neuschadler“. Tagesordnung im Lokal. — Den Kollegen zur Noth, daß sich hier keine Zahlstelle, sondern nur eine Verwaltungsstelle befindet.
- Frankfurt a. M. (Sekt. b. Spengler.)** Samstag, 30. Dez., Nachm. 4 Uhr beginnend, Weihnachtsfeier im Saale zur „Konfordia“, Gr. Fischgraben 17, bestehend in Konzert, Gesang, Theater und Tanz, wozu die Kollegen mit ihren Familienangehörigen höchlichst eingeladen werden. Diejenigen Kollegen, welche Geschenke stiften wollen, werden ersucht, dieselben bis spätestens Sonntag, den 30. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei einem Komiteemitglied oder in der „Konfordia“ abzugeben. — Samstag, 29. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Aufnahme und Einzahlung im Vereinslokal.
- Hamburg.** (Sektion der Gelbgießer, Gürtler und Schleifer.) Mittwoch, 2. Jan. 1895 keine Versammlung. Jedoch ist der Kassirer Abds. von 8—9 Uhr zur Entgegennahme von Beiträgen im Versammlungslokal anwesend.
- Heide i. Holstein.** Sonnabend, 19. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Saale des Herrn Wilm. Off. L.O.: Vorstandswahl. Bibliotheksfrage. Verschleudern.
- Harleburg.** Sonntag, 30. Dez., Vorm. halb 10 Uhr, bei Rainbach, Kaiserstraße 13, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag: Die Entwicklung der modernen Industrie. Referent: Genosse Winkel aus Bramheim. — Wegen Jahresabschluss werden die Kollegen ersucht, ihre Beiträge, soweit sie damit im Rückstande sind, zu begleichen. — Eintrittskarten zur Sylinderfeier in „Kolosseum“ sind beim Vorstehenden zu haben. — Die Theaterproben für das Wintervergnügen beginnen am 3. Januar im Nebenzimmer der Restauration Rainbach.
- Harleburg-Mühlburg.** Sonntag, 30. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, in der „Kaiserallee“, gemüthliche Zusammentkunft bei Klavier, Komischen und deklamatorischen Vorträgen, wozu die Harleburger Kollegen freundschaftlich eingeladen sind. — Samstag, den 5. Januar, Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung. L.O.: Rechnung. Wahl der Ortsverwaltung. Verschleudern.
- Messelwitz.** Sonnabend, 29. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. — Die Mitgliedsbücher sollen wegen einer Revision abgegeben werden.
- Rekarowitz.** Samstag, 5. Jan., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Risch“, Mitglieder-Versammlung L.O.: Einzahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Verwaltung. Fragekasten. Verschleudern. Vortrag von Kollege Metzweier. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.
- Nordhausen.** Sonntag, 6. Jan., Nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung im „Schützenhaus“. L.O.: Jahres- und Kassenbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschleudern. Fragekasten. — Die Restanten machen wir auf 3 Sa. aufmerksam. Die sämigen Mitglieder werden nun bestimmt gestrichen.
- Oberdorf a. N.** Samstag, 29. Dez., Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Mitglieder, welche bis jetzt ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, werden ersucht, zu erscheinen.
- Reine.** Donnerstag, 3. Januar, Mitglieder-Versammlung. L.O. u. A.: Antrag Nürnberg auf Erhöhung der Beiträge.
- Regensburg.** Samstag, 5. Januar, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Sonntag, Dreihütstag, Abends, Familienunterhaltung im Vereinslokal.
- Reutlingen.** Samstag, 29. Dezember, Mitglieder-Versammlung im Lokal beim Gerberthor. Tagesordnung im Lokal. — Der Abrechnung wegen werden die residierenden Mitglieder ersucht, vorher ihre Beiträge zu bezahlen.

**Schnitzing-Doos.** Sonntag, 30. Dezbr. Vorm. 10 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Verschleudern. Neuwahl der Gesamtverwaltung. Abrechnung.

**Schwelm.** Sonntag, 30. Dez., Nachm. 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Karl Müller. Tagesordnung im Lokal.

**Stuttgart.** (Allg. Zahlstelle.) Samstag, 29. Dez., Abds. 8 Uhr, Versammlung bei G. Weiß, Katharinenstr. L.O.: Einzahlung und Aufnahme. Vortrag von Kollege Hermann Verschleudern. — Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge für das laufende Jahr zu entrichten, besonders die Delegirten- und Mehrerbesondesteuer auf's Laufende zu bringen, damit die Jahresabrechnung rechtzeitig und geregelt abgeliefert werden kann. Zahlreiches Erscheinen ist für diese Versammlung nothwendig.

**Frankenkasse.**  
**Hamburg.** (Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. C. S. 29.) Sonnabend, 5. Jan. 1895, Abds. 9 Uhr, bei Neefing, Schopenhof 22, Mitglieder-Versammlung.

**Anzeigen.**

**Achtung!** Alle diejenigen, welche über den Schlosser Paul Riehr, geb. am 9. Jan. 1872 zu Potsdam, zuletzt auf dem „Vulkan“ in Bredow bei Stettin beschäftigt, von wo er sich nach Kiel und dann nach Bremen gewandt, Auskunft geben können, werden gebeten, seine jetzige Adresse an die Redaktion dieser Zeitung einzusenden.

Der Former Heinrich Gustav Koch, geboren am 26. Februar 1877 in Mesgrau, Schleswig-Holstein, wird ersucht, an seine Pflanzung in Leipzig-Stötterth. zu denken und die mitgenommenen Sachen sofort wieder nach hier zu senden. Gleichzeitig warne ich sämmtliche Kollegen, denselben in Logis zu nehmen. Die Verwaltungen bitte ich, mich über den Aufenthalt des R. zu unterrichten.  
Eragott Jank, Leipzig-Stötterth., Hauptstr. 57b.

Das Mitgliedsbuch Nr. 82147 von Jürgen Hansen, Schmieß, geboren zu Odense am 5. Dezember 1868, eingetreten in Apenrade am 1. Juni 1894, ist nebst einem Anzug gestohlen worden. Die Reisegeldauszahlung werden gebeten, das Buch aufzuhalten und nach hier einzusenden, den Vorzeiger aber dingfest machen zu lassen.

**Ortsverwaltung Apenrade.**

**Fahnen,**

Schärpen, Bänder, Schellen, Vereinsabzeichen 2. für Arbeiter-, Sängerk-, Turner-, Schützenvereine u. s. w. von billigster bis zu feinsten Qualität in acht Gold und wachsfäher Seide, nur Handarbeit in künstlerischer Ausführung empfiehlt die Fahnenstickerei von Frau M. Grillenberger, Nürnberg, Waldenstr. 12. Beste Referenzen seit zehnjähriger Thätigkeit von zahlreichen befreundeten Vereinen in den versch. Theilen Deutschlands. Preisocourant gratis und franko. Bestellungen für die Frühjahrsausgabe, speziell für den 1. Mai, während der Wintermonate erbeten. Zweijährige Garantie.

**Fachschriften**  
für Metallarbeiter.  
Franko-Zusendung bei Einsendung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen.  
Joh. Fassbinder, Bacher-Versandt und Verlag, Berlin 4.

**Quittungs-Marken**  
und  
**Kautschuck-Stempel-Fabrik**  
von  
**Jean Holze, Hamburg,**  
gr. Deich-Bahn 45.

Seit 12 Jahren Vizepräsident sämtlicher bestehenden  
**Zentral-Franken-Kassen**  
und ca. 5000 Kassen und Vereine Deutschlands, Englands u. A. u. A.  
Beste Bezugsquelle.  
**Schnellste Bedienung.**  
Solide Preise.  
Der Versandt geschieht portofrei.

**Reise-Handbuch**  
für wandernde Arbeiter.  
Mit 3 Karten, geb. Mark 1.50. Durch  
J. Scherm, Nürnberg u. alle Buchhandl.